

Geschäftsbericht

2013

K|ZVK.
Gut aufgehoben.

**Kirchliche Zusatzversorgungskasse
Rheinland-Westfalen**

Anstalt des öffentlichen Rechts

Schwanenwall 11
44135 Dortmund

Postfach 10 22 41
44022 Dortmund

Telefon: 0231 9578 - 0
Telefax: 0231 9578 - 404

info@kzv-k-dortmund.de
www.kzv-k-dortmund.de

Inhaltsverzeichnis

Rechtliche Grundlagen	5
Rechtsverhältnisse und Aufgaben	6
Änderung der Satzung	7
Beteiligte Kirchen	8
Das Geschäftsjahr 2013 auf einen Blick	9
Vorwort des Vorstandes	10
Vorwort des Verwaltungsrates	12
Lagebericht	13
Versicherungsgeschäft	14
Nachhaltigkeit	20
Entwicklung an den Kapitalmärkten	23
Vermögens-, Finanz- und Ertragslage	25
Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter	28
Risiken der künftigen Entwicklung	29
Prognosebericht	41
Jahresabschluss	45
Bilanz zum 31. Dezember 2013	46
Gutachterliche Bestätigung des Verantwortlichen Aktuars	48
Gewinn- und Verlustrechnung	49
Anhang	51
Allgemeine Angaben und Erläuterungen zum Jahresabschluss	52
Erläuterungen zur Bilanz	56
Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung	63
Organe	65
Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers	67

Rechtliche Grundlagen

Rechtsverhältnisse und Aufgaben
Änderung der Satzung
Beteiligte Kirchen

Rechtsverhältnisse und Aufgaben

Die Kirchliche Zusatzversorgungskasse Rheinland-Westfalen wurde am 1. Januar 1955 durch Kirchengesetz der Evangelischen Kirche von Westfalen vom 29. Oktober 1954 und durch Notverordnung der Evangelischen Kirche im Rheinland vom 10. Dezember 1954 gegründet. Der Errichtung der Kirchlichen Zusatzversorgungskasse Rheinland-Westfalen hat der Kultusminister des Landes Nordrhein-Westfalen mit Erlass vom 27. Januar 1955 zugestimmt.

Der Landtag von Nordrhein-Westfalen hat mit Gesetz vom 14. Juli 1964 (GV. NW. 1964, S. 257) der Kirchlichen Zusatzversorgungskasse Rheinland-Westfalen die Rechte einer Anstalt des öffentlichen Rechts verliehen. Sitz der Kasse ist Dortmund.

Die Kasse unterliegt der Aufsicht der Leitungen der Evangelischen Kirche im Rheinland und der Evangelischen Kirche von Westfalen. Die Staatskanzlei des Landes Nordrhein-Westfalen führt die allgemeine staatliche Aufsicht. Von der Aufsicht nach dem Versicherungsaufsichtsgesetz ist die Kasse freigestellt (BGBl. 1988 I S. 529).

Aufgabe der Kasse ist es, den privatrechtlich beschäftigten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der bei ihr beteiligten kirchlichen und diakonischen Arbeitgeber eine betriebliche Zusatzversorgung im Alter, bei Erwerbsminderung und für die Hinterbliebenen zu gewähren. Diese Versorgung erfolgt für alle Mitarbeitenden zunächst in Form einer Pflichtversicherung. Darüber hinaus bestehen unterschiedliche Möglichkeiten, eine freiwillige Zusatzrente anzusparen. Der Status einer Pensionskasse bietet dafür neben dem geringen Verwaltungsaufwand alle derzeit hier gültigen steuerlichen Vorteile.

Die Kasse ist Mitglied der Arbeitsgemeinschaft kommunale und kirchliche Altersversorgung (AKA) e. V. Sie arbeitet darüber hinaus in Arbeitskreisen mit den im Bundesgebiet tätigen kirchlichen Zusatzversorgungskassen sowie den Zusatzversorgungskassen Hessen-Südwest eng zusammen.

Die Satzung der Kasse vom 26. April 2002 ist nach dem Systemwechsel in der Zusatzversorgung zum 1. Januar 2002 in einer grundlegend neuen Fassung in Kraft getreten. Seit diesem Zeitpunkt wird das Vermögen der Kasse in den getrennten Abrechnungsverbänden S (Altvermögen und Pflichtversicherung bis zum 31. Dezember 2001), P (Neue Pflichtversicherung ab 1. Januar 2002) und F (Freiwillige Versicherung ab 1. Januar 2002) geführt. Die aktuelle Fassung liegt mit der 13. Änderung vom September 2013 vor. Sie entspricht im Versicherungs- und Leistungsrecht im Wesentlichen der Mustersatzung der Arbeitsgemeinschaft kommunale und kirchliche Altersversorgung. Die AKA-Mustersatzung übernimmt das jeweilige Versorgungstarifrecht des öffentlichen Dienstes.

Änderung der Satzung

Die 13. Änderung der Satzung hat folgende, wesentliche Inhalte:

Der Bundesgerichtshof (BGH) hat sich in seinen beiden Entscheidungen vom 10. Oktober 2012 (IV ZR 10/11 und IV ZR 12/11) umfassend mit der rechtlichen Zulässigkeit der Regelung der Gegenwerte bei Ausscheiden von beteiligten Arbeitgebern aus der VBL befasst. Der BGH hat grundsätzlich die Zulässigkeit der Forderung eines Gegenwerts beim Ausscheiden aus der Zusatzversorgung bestätigt, einzelne Regelungen aber verworfen. Die Regelungen zum Ausgleichsbetrag in den §§ 15 und 74 b der Satzung sind deshalb im Sinne der Entscheidungen des BGH angepasst worden. Die verfallbaren Anwartschaften werden künftig nicht mehr bei der Ausgleichsbetragsberechnung berücksichtigt. Ferner werden - neben dem bisher schon genannten Berechnungsparameter Rechnungszins - die weiteren Berechnungsparameter für die Barwertberechnung offen gelegt. Zudem wird den ausscheidenden Beteiligten die Möglichkeit eröffnet, anstelle einer Einmalzahlung oder Stundung, den finanziellen Ausgleich über einen Zeitraum von bis zu 20 Jahren in Form von Erstattungs- und Amortisationsbeträgen zu leisten und so das Prognoserisiko zu vermindern. Nach Ablauf der vorgenannten 20 Jahre steht dem ausgeschiedenen Beteiligten ein Optionsrecht zur Verlängerung um weitere 10 Jahre zu.

Daneben wurden weitere Änderungen, z. B. zur Auftragsvergabe an den Wirtschaftsprüfer, zum Versorgungsausgleich, eine Klarstellung zum Rentenbeginn, eine Konkretisierung der Informationspflichten der Beteiligten und ein außerordentliches Kündigungsrecht bei nicht erfolgter Anmeldung aller der Versicherungspflicht unterliegenden Beschäftigten geregelt.

Beteiligte Kirchen

Das Zuständigkeitsgebiet der KZVK Rheinland-Westfalen



Evangelische Kirche im Rheinland
 Evangelische Kirche von Westfalen
 Lippische Landeskirche
 Evangelische Landeskirche Anhalts

Evangelisch-Lutherische Landeskirche Mecklenburgs
 ehem. Evangelische Kirche der schlesischen Oberlausitz
 Pommersche Evangelische Kirche
 Evangelische Kirche der Kirchenprovinz Sachsen

Auf einen Blick

		2013	2012
Versicherungsgeschäft			
Beteiligte	Anzahl	3.463	3.444
Pflichtversicherte	Anzahl	196.579	192.724
Beitragsfrei Versicherte	Anzahl	284.725	272.676
Freiwillige Versicherungen	Anzahl	22.231	21.700
Beiträge und satzungsgemäße Erträge	T€	371.484	357.591
Betriebsrenten	Anzahl	66.559	64.251
Aufwendungen für Versicherungsfälle	T€	256.548	248.117

Vermögensentwicklung			
Kapitalanlagen	T€	5.836.052	5.432.229
Ergebnis aus Kapitalanlagen	T€	305.208	265.524
Nettoverzinsung	in %	5,42	5,04
laufende Durchschnittsverzinsung	in %	5,15	4,23

Deckungsrückstellung und Eigenkapital			
Deckungsrückstellung	T€	7.372.094	7.050.479
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	T€	1.265.850	1.359.224
Jahresüberschuss	T€	93.960	72.887

Vorwort des Vorstandes

Sehr geehrte Damen und Herren,

dieser Geschäftsbericht vermittelt Ihnen einen Eindruck, was die Beschäftigten der KZVK für Beteiligte und Versicherte, aber auch für Mieter und Darlehnsnehmer geleistet haben. Es ist und bleibt unser wichtigstes Anliegen, unseren Geschäftspartnern und Kunden rund um das Produkt Altersvorsorge professionelle Unterstützung und einen reibungslosen Service zu bieten.

Die Kosten der Zusatzversorgung haben infolge rückläufiger Zinsen am Kapitalmarkt deutlich zugenommen. Dies führt bei einigen Beteiligten zu Unzufriedenheit, die wir sehr ernst nehmen. Allerdings sind den Gestaltungsmöglichkeiten der Kasse Grenzen gesetzt, weil der Leistungsumfang der Zusatzversorgung von der Arbeitsrechtlichen Kommission bestimmt wird. Die Aufgabe der Kasse ist nachgelagert: Der Finanzbedarf ist versicherungsmathematisch zu ermitteln und aus Beiträgen, Sanierungsgeld und Kapitalerträgen aufzubringen.

Den Gremien der Kasse ist bewusst, dass die in 2009 begonnenen Finanzierungsmaßnahmen spürbare Mehrbelastungen für die Beteiligten darstellen. Doch darauf zu verzichten hieße, die Beteiligten über den wahren Preis der Leistungsversprechen zu täuschen und ihnen unbemerkt zukünftige Zahlungsverpflichtungen anzulasten. Die Politik der Kasse richtet sich deswegen auf eine realitätsnahe, stabile und planbare Finanzierung der Zusatzversorgung. Gleichzeitig dient das regelmäßige Prüfen von Finanzlage und Prognosen dazu, eine über das Notwendige hinausgehende Belastung der Beteiligten zu vermeiden.

Wir freuen uns, Ihnen 2013 über ein positives Geschäftsjahr berichten zu können. Mit einer Nettoverzinsung von 5,42 %, die sowohl laufende Kapitalerträge als auch realisierte Wertveränderungen umfasst, konnte die Kasse das Ertragsziel von 4,25 %, auf dem die Kalkulation künftiger Leistungen basiert, deutlich übertreffen. Maßgeblich für dieses Ergebnis ist die Streuung des Vermögens auf viele Anlageformen unter systematischer Begrenzung und Steuerung der Risiken.

Die seit einigen Jahren betriebene personelle und technische Verstärkung in den Bereichen Vermögensdisposition und Risikomanagement wirkt sich aus. In 2013 wurden umfassende technische Projekte zur mehrjährigen Steuerung der Unternehmensbilanz und zur Vereinheitlichung der Vermögensdurchsicht abgeschlossen. Dass der KZVK bei den portfolio institutionell Awards der Titel als „Beste Pensionskasse/Zusatzversorgungskasse 2013“ verliehen wurde, ist für uns Ansporn, diesen Weg fortzusetzen.

Anlässlich des guten Geschäftsjahres 2013 bedanken wir uns bei unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für ihren engagierten und verantwortungsbewussten Einsatz im Unternehmen sowie der Mitarbeitervertretung für die vertrauensvolle Zusammenarbeit.



Dr. Wolfram Gerdes
Vorstand



Hans-Rudolf von Campenhausen
Vorstand



Dr. Wolfram Gerdes, Vorstand Kapitalanlagen und Finanzen (links) und Hans-Rudolf von Campenhausen, Vorstand Leistung und Verwaltung mit der Auszeichnung als »Beste Zusatzversorgungskasse/Beste Pensionskasse 2013«

Vorwort des Verwaltungsrates

Sehr geehrte Damen und Herren,

als Vorsitzender des Verwaltungsrates der KZVK freue ich mich, Ihnen über dessen Arbeit erstmals neben einer gedruckten Fassung auch über das Internet berichten zu können.

In Reaktion auf anhaltend fallende Zinsen bei anhaltend steigender Lebenserwartung musste der Verwaltungsrat in den zurückliegenden Jahren verschiedene Maßnahmen beschließen, die unsere Beteiligten und Versicherten hart getroffen haben. Hierzu zählen die Anhebung des Pflichtbeitrages auf 4,8 %, die Einführung des Sanierungsgeldes und die Leistungsabsenkung in der Freiwilligen Versicherung. Die

Auswirkungen dieser Maßnahmen sind uns dabei deutlich bewusst und immer Teil unseres komplexen Abwägungsprozesses, der aber zuvörderst die Vorgaben arbeitsrechtlicher Regelungen umsetzen muss.



Umso erfreulicher ist es, dass die Kasse 2013 erneut ein gutes Jahresergebnis erzielen konnte, was auch dem Sanierungsweg hilfreich ist. Der vorliegende Jahresabschluss wird Ihnen ein Bild darüber vermitteln.

Die im Jahr 1955 gegründete Kasse ist von Anfang an auf die langfristige Sicherung einer zusätzlichen Altersversorgung für die Mitarbeitenden in Diakonie und Kirche ausgerichtet. Auch in Zukunft steht die Verlässlichkeit der zusätzlichen Rente in unserer Kirche im Mittelpunkt unserer Arbeit.



Dr. Arne Kupke
Vorsitzender des Verwaltungsrates

Lagebericht

Versicherungsgeschäft
Nachhaltigkeit
Entwicklung an den Kapitalmärkten
Vermögens-, Finanz- und Ertragslage
Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter
Risiken der künftigen Entwicklung
Prognosebericht

Versicherungsgeschäft

Beteiligte

Zum 31. Dezember 2013 ist die Zahl der Beteiligten um 19 auf insgesamt 3.463 gestiegen. Die Änderungen bei der Anzahl der Beteiligungsverhältnisse im Bereich der verfassten Kirche und in der Diakonie sind vor allem durch sich ändernde Unternehmensstrukturen begründet. Hier werden z. B. durch Fusionen von Kirchengemeinden Beteiligte zusammengeführt oder durch Betriebsübergänge neue Gesellschaften gegründet und somit neue Beteiligungsverhältnisse begründet.

Beteiligte Ost und West	2013	2012	Veränderung	
	Anzahl	Anzahl	Anzahl	%
Verfasste Kirche				
Ev. Kirche im Rheinland	808	812	−4	−0,5
Ev. Kirche von Westfalen	589	592	−3	−0,5
Lippische Landeskirche	74	74	0	0,0
Ev. Landeskirche Anhalts	24	24	0	0,0
Nordkirche	147	138	9	6,5
ehem. Ev. Kirche der schlesischen Oberlausitz	46	43	3	7,0
Ev. Kirche der Kirchenprovinz Sachsen	398	406	−8	−2,0
verfasste Kirche gesamt	2.086	2.089	−3	−0,1
<i>davon verfasste Kirche Ost</i>	<i>615</i>	<i>611</i>	<i>4</i>	<i>0,7</i>
<i>davon verfasste Kirche West</i>	<i>1.471</i>	<i>1.478</i>	<i>−7</i>	<i>−0,5</i>
Diakonie				
Diakonie im Rheinland	698	676	22	3,3
Diakonie in Westfalen	456	446	10	2,2
Diakonie in Lippe	30	31	−1	−3,2
Diakonie in Anhalt	18	19	−1	−5,3
Diakonie in der Nordkirche	35	44	−9	−20,5
Diakonie in der schlesischen Oberlausitz	12	12	0	0,0
Diakonie in der Kirchenprovinz Sachsen	112	112	0	0,0
sonstige Diakonie	14	13	1	7,7
Diakonissenmutterhäuser	2	2	0	0,0
Diakonie gesamt	1.375	1.355	20	1,5
<i>davon Diakonie Ost</i>	<i>191</i>	<i>200</i>	<i>−9</i>	<i>−4,5</i>
<i>davon Diakonie West</i>	<i>1.184</i>	<i>1.155</i>	<i>29</i>	<i>2,5</i>
Beteiligte gesamt	3.463	3.444	19	0,6

Von den 3.463 Beteiligten entfallen 76,7 % auf den Bereich der westlichen Gliedkirchen und 23,3 % auf den Bereich der östlichen Gliedkirchen. Für die Bereiche West und Ost zusammengekommen gehören 60,3 % der Beteiligten zur verfassten Kirche und 39,7 % zur Diakonie.

Von insgesamt 481.304 Versicherten sind am 31. Dezember 2013 196.579 Personen pflichtversichert und somit in einem aktiven Beschäftigungsverhältnis im Geltungsbereich unserer Kasse tätig. Die Zahl der Pflichtversicherten ist um 3.855 (+2,0 %) Versicherte angewachsen. Die Versichertenzahlen im Westen (+3.766) und im Osten (+89) sind im Verhältnis ähnlich stark gewachsen.

Pflichtversicherte

Der Bereich Diakonie hat mit 154.044 Versicherten oder 78,4 % auch weiterhin den größten Anteil an Versicherungsverhältnissen bei der Kasse. Der Anteil der verfassten Kirche liegt bei 21,6 % oder 42.535 Versicherten.

Das Durchschnittsalter der Pflichtversicherten betrug 44,06 Jahre. Mit 79,0 % stellen die Frauen gegenüber den Männern mit 21,0 % den weitaus größeren Anteil an Versicherten.

Auf den Bereich der beitragsfrei Versicherten entfallen 284.725 Versicherungsverhältnisse. Dabei handelt es sich um ehemals pflichtversicherte Personen, die nun keine aktive Beschäftigung mehr im Geltungsbereich der Kasse ausüben. 22,2 % der beitragsfrei Versicherten haben die Wartezeit von 60 Monaten erfüllt.

Beitragsfrei Versicherte

Die Zahl der Versicherten veränderte sich wie folgt:

Pflichtversicherte Ost und West	2013	2012	Veränderungen	
	Anzahl	Anzahl	Anzahl	%
Pflichtversicherte verfasste Kirche				
Ev. Kirche im Rheinland	18.796	18.443	353	1,9
Ev. Kirche von Westfalen	18.399	18.209	190	1,0
Lippische Landeskirche	850	847	3	0,4
Ev. Landeskirche Anhalts	272	275	−3	−1,1
Nordkirche	1.698	1.778	−80	−4,5
ehem. Ev. Kirche der schlesischen Oberlausitz	218	209	9	4,3
Ev. Kirche der Kirchenprovinz Sachsen	2.302	2.291	11	0,5
Pflichtversicherte verfasste Kirche gesamt	42.535	42.052	483	1,1
<i>davon Ost</i>	<i>4.490</i>	<i>4.553</i>	<i>−63</i>	<i>−1,4</i>
<i>davon West</i>	<i>38.045</i>	<i>37.499</i>	<i>546</i>	<i>1,5</i>

Fortsetzung nächste Seite

Pflichtversicherte Ost und West	2013	2012	Veränderungen	
	Anzahl	Anzahl	Anzahl	%
Pflichtversicherte Diakonie				
Diakonie im Rheinland	71.967	70.096	1.871	2,7
Diakonie in Westfalen	64.237	62.965	1.272	2,0
Diakonie in Lippe	3.566	3.489	77	2,2
Diakonie in Anhalt	1.469	1.432	37	2,6
Diakonie in der Nordkirche	1.252	1.351	-99	-7,3
Diakonie in der schlesischen Oberlausitz	1.653	1.622	31	1,9
Diakonie in der Kirchenprovinz Sachsen	9.649	9.444	205	2,2
sonstige Diakonie	242	264	-22	-8,3
Diakonissen	9	9	0	0,0
Pflichtversicherte Diakonie gesamt	154.044	150.672	3.372	2,2
<i>davon Ost</i>	<i>14.265</i>	<i>14.113</i>	<i>152</i>	<i>1,1</i>
<i>davon West</i>	<i>139.779</i>	<i>136.559</i>	<i>3.220</i>	<i>2,4</i>
Pflichtversicherte gesamt	196.579	192.724	3.855	2,0
Beitragsfrei Versicherte	284.725	272.676	12.049	4,4
<i>davon Ost</i>	<i>26.417</i>	<i>25.254</i>	<i>1.163</i>	<i>4,6</i>
<i>davon West</i>	<i>258.308</i>	<i>247.422</i>	<i>10.886</i>	<i>4,4</i>
Versicherte gesamt	481.304	465.400	15.904	3,4

Zusätzlicher Beitrag/ Sanierungsgeld

Die mit der Reform der Zusatzversorgung ab 2002 zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern vereinbarte und bis heute gültige Versorgungsregelung setzt bei einem Beitrag von 4 % des Zusatzversorgungs-pflichtigen Entgelts eine Kapitalverzinsung von ca. 6,3 % voraus. In der seit Jahren zu beobachtenden Kapitalmarktsituation sind solche Zins-einkünfte nicht dauerhaft erzielbar.

Deswegen wurde der Pflichtbeitrag mit Wirkung ab 1. Januar 2013 von 4 % auf 4,8 % angehoben. Weil gleichzeitig die Erhebung des zusätzli-chen Beitrags in Höhe von 0,8 % abgeschafft wurde, ergab sich für die Beteiligten dadurch keine zusätzliche Belastung gegenüber 2012. Ne-ben dieser laufenden Pflichtversicherung verwaltet die Kasse einen Altbestand, der Ende 2001 geschlossen wurde. Darin werden die aus der Gesamtversorgung übernommenen Rentenanwartschaften fort-geführt. Die Erfüllung dieser Altversprechen stellt die gleichen Anfor-derungen an die Kapitalerträge wie die aktuellen Versorgungszusagen. Daher wurde bereits im Jahr 2008 die Einführung eines Sanierungsgel-des beschlossen, mit dem Ziel, die Deckungslücke in diesem Altverband innerhalb von 20 Jahren zu schließen. Das Sanierungsgeld fällt für die einzelnen Beteiligten unterschiedlich hoch aus, denn die individuelle Höhe hängt von den Entgeltsummen der Versicherten im Altbestand

ab. Im Durchschnitt über alle Beteiligten beträgt es ca. 1,8 % der zusatzversorgungspflichtigen Entgelte.

Die Kasse hat gegen vier säumige Beteiligte Klagen u. a. vor dem Landgericht Schwerin auf Zahlung des Sanierungsgeldes für die Abrechnungsjahre 2009 und 2010 erhoben.

Mit dem 5. Änderungstarifvertrag zum ATV-K vom 30. Mai 2011 haben die Tarifvertragsparteien ein Urteil des Bundesgerichtshofes aus dem Jahr 2005 (IV ZR 100/02) umgesetzt. Danach verstößt die Nichtberücksichtigung von Zeiten des Mutterschutzes als Umlage-/Beitragsmonat während einer Pflichtversicherung gegen eine europäische Gleichbehandlungsrichtlinie von Männern und Frauen. Das Urteil erstreckt sich auf Mutterschutzzeiten nach dem 17. Mai 1990.

Berücksichtigung von Mutterschutzzeiten

Im April 2011 beschloss das Bundesverfassungsgericht (1 BvR 1409/10), dass ebenso Zeiten des Mutterschutzes vor dem 17. Mai 1990 als Umlagemonate zu berücksichtigen sind. Es ist davon auszugehen, dass die Tarifvertragsparteien die Berücksichtigung dieser Zeiten in gleicher Weise regeln werden wie die Berücksichtigung der Zeiten ab dem 18. Mai 1990.

Seit dem 1. Januar 2012 sind daher von den Arbeitgebern Zeiten des Mutterschutzes an die KZVK zu melden. Für diese Zeiten sind von den Arbeitgebern keine Beiträge zu zahlen. Die Zeiten werden aber so berücksichtigt, als ob Entgelt gezahlt worden wäre. Hierfür ermittelt der Arbeitgeber ein fiktives Entgelt nach den jeweiligen tarifvertraglichen Vorschriften. Damit erfolgt eine Berücksichtigung der Zeiten analog zu den Zeiten einer Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall.

Für Mutterschutzzeiten vor dem 1. Januar 2012 ist ebenfalls ein fiktives Entgelt zu ermitteln. Die Berechnung des Entgeltes erfolgt in diesen Fällen durch die KZVK.

Da der Kasse nicht alle notwendigen Informationen zu den betreffenden Zeiten vorliegen, muss die Anrechnung der Mutterschutzzeiten für Zeiten vor dem 1. Januar 2012 von unseren Versicherten und Rentnern individuell beantragt werden. Mit den Versorgungskonten des Jahres 2012 wurden deshalb 143.817 Anträge zur Berücksichtigung von Mutterschutzzeiten an unsere weiblichen Versicherten versandt. Davon sind 19.987 Anträge bereits bis Jahresende 2013 zurückgesandt worden. Alle eingehenden Anträge werden von der Versichertenabteilung sukzessive bearbeitet und die entsprechenden Versorgungspunkte gutgeschrieben.

Freiwillige Versicherung

Zum 1. Januar 2013 wurde in der freiwilligen Versicherung (ZusatzrentePLUS) ein neuer Tarif eingeführt. Die ZusatzrentePLUS berücksichtigt die sich stetig ändernden demographischen Entwicklungen und ist von ihrem Regelwerk her äußerst transparent und schlank gefasst. Dank ihrer günstigen Kostenstruktur ist sie auch regelmäßig attraktiver als vergleichbare Produkte der privaten Versicherer. Für Arbeitgeber und Versicherte bietet die KZVK somit auch weiterhin eine sichere und verlässliche Lösung zu noch mehr sozialer Absicherung im Alter.

Insgesamt wurden im Jahr 2013 476 neue Verträge zur Freiwilligen Versicherung abgeschlossen. Damit ist der Bestand zum 31. Dezember 2013 um 0,6 % auf 22.231 Verträge angewachsen. Im Bestand hat sich die Mehrzahl der Versicherten für die Bruttoentgeltumwandlung entschieden (16.903 Verträge). Davon wurden 372 Verträge im neuen Tarif ZusatzrentePLUS abgeschlossen. 5.154 Versicherte nutzen die Förderung nach dem Riestermodell, hiervon entfallen 21 Verträge auf den neuen Tarif. In 174 Fällen besteht eine Höherversicherung ohne steuerliche Förderung.

Im Jahr 2013 ist auf Basis der 12.739 aktiven Verträge ein durchschnittlicher Jahresbeitrag von ca. 1.021 € je Vertrag eingezahlt worden.

Rentenleistung

Der Bestand an Betriebsrenten aus der Pflichtversicherung hat sich wie folgt entwickelt:

Betriebsrenten	2013	2012	Veränderungen	
	Anzahl	Anzahl	Anzahl	%
Alters- und Erwerbsminderungsrenten	59.980	57.912	2.068	3,6
Witwen/Witwer	5.989	5.747	242	4,2
Waisen	590	592	-2	-0,3
Gesamt	66.559	64.251	2.308	3,6

Der Bestandsveränderung an Renten liegen folgende Rentenbewilligungen und Rentenabgänge zugrunde:

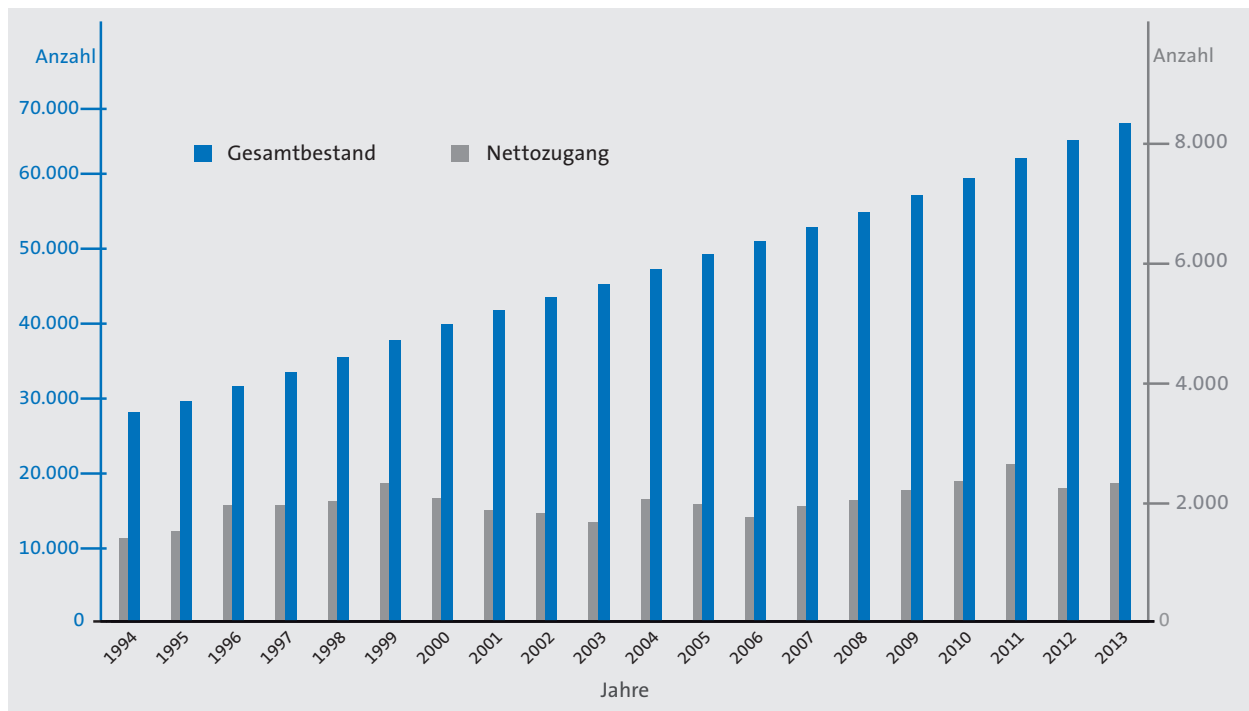
	2013	2012	Veränderungen	
	Anzahl	Anzahl	Anzahl	%
Rentenbewilligung	4.598	4.515	83	1,8
Rentenabgänge	2.290	2.291	-1	0,0
Rentenzugang netto	2.308	2.224	84	3,77

Die Zahl der Rentenberechtigten hat sich netto um 2.308 Fälle gegenüber dem Vorjahr erhöht. Anträge auf erstmalige Zahlung einer Rente wurden in 2013 für 4.313 Personen bewilligt. In 285 Fällen wurde eine eingestellte Rentenleistung erneut bewilligt. Der langjährige Trend

einer kontinuierlichen Steigerung der Rentnerzahlen setzt sich damit fort.

Von den 66.559 Rentenbeziehern sind 53.662 (80,62 %) Frauen und 12.897 (19,38 %) Männer.

Entwicklung des Gesamtbestandes an Rentenfällen



Zum 1. Juli 2013 wurden die Betriebsrenten um 1,0 % erhöht. Die Summe der monatlichen Rentenzahlungen stieg damit um 189 T€ auf insgesamt 19.148 T€ an.

Anpassung

Durch das Gesundheits-Reformgesetz sind die Zusatzversorgungskassen verpflichtet, in allen Rentenfällen Krankenkassenmerkmale abzuspeichern, um Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträge abführen zu können. Im Berichtsjahr wurden von der Kasse 33.715 T€ (VJ: 33.195 T€) an Beiträgen zur Krankenversicherung und zur Pflegeversicherung an die Krankenkassen gezahlt.

Kranken- und Pflegeversicherung der Rentner (KVdR)

Zum Jahresende 2013 waren noch vier gegen die Kasse gerichtete Klageverfahren vor dem Landgericht Dortmund offen, inhaltlich geht es im Wesentlichen um die Rechtmäßigkeit rentenferner Startgutschriften. Eine Entscheidung des Bundesgerichtshofes zu der Frage, ob die Neuberechnung der rentenfernen Startgutschriften geltendem Recht widerspricht, ist im Berichtsjahr nicht getroffen worden.

Startgutschriften

Nachhaltigkeit



» ›Seid fruchtbar und mehret Euch und füllet die Erde und machet Sie Euch untertan und herrschet über die Fische im Meer und über die Vögel unter dem Himmel und über alles Getier, das auf Erden kriecht.‹ Dieses bekannte Gotteswort aus 1. Mose 1, 28 gibt den Menschen nicht nur Rechte, sondern es trägt uns insbesondere eine Verantwortung auf. Nach christlichem Verständnis bedeutet Herrschaft vor allem Dienst – Dienst für unsere Nächsten. Indem wir den Schutz unserer Umwelt ernst nehmen, bewahren wir nicht nur Lebensraum für die Pflanzen und Tiere in dieser Welt, sondern wir erhalten gleichzeitig die Lebensgrundlage der Menschen und schaffen Voraussetzungen für mehr Lebensqualität.

Umweltmanagement bedeutet immer ein Abwägen. Denn menschliches Leben und Wirken bedeutet zwangsläufig Ressourcenverbrauch und damit eine Umweltbelastung. Ins Extrem getriebene Sparsamkeit bedeutet Stillstand und wäre, weil die Versorgungskassen mit der Sicherstellung der Altersversorgung einen wichtigen Dienst zu erfüllen haben, nicht im Sinne der Menschen. Aber wir müssen stets darauf achten, dass die Ressourcen effizient eingesetzt werden: Ihrem Verbrauch muss ein angemessener Nutzen gegenüber stehen.«
(Auszug aus der Umwelterklärung 2013 der Kirchlichen Versorgungskassen).

Grüner Hahn wieder bestätigt!

Der Grüne Hahn bleibt bei den Versorgungskassen weiterhin auf Kurs. Der beauftragte Umweltgutachter hat im Rahmen der jährlichen Validierung auch im Jahr 2013 geprüft, ob eine Umweltpolitik festgelegt wurde, ein vorschriftsgemäßes Umweltmanagementsystem und ein Umweltprogramm bestehen, ob die Umwelt- und Betriebsprüfung den Vorgaben der EMAS-Verordnung gemäß durchgeführt wurden und ob die Umwelterklärung alle Voraussetzungen für die Ausstellung einer Gültigkeitserklärung erfüllt. Der Gutachter bestätigte unser Umweltmanagementsystem und stellte den Versorgungskassen ein gutes Zeugnis aus.

Mittlerweile ist es schon zwei Jahre her, dass unser Umweltengagement erstmalig geprüft und anschließend zertifiziert wurde. In der Zwischenzeit haben wir uns angestrengt, um die damals festgehaltenen Ziele zu erreichen. Den größten Erfolg konnten wir im Bereich Energie verzeichnen und durch eine Vielzahl von Maßnahmen sowie unzählige Tipps und Tricks, die Umwelt schonen und zudem helfen, die Kosten niedrig zu halten.

Wir sind damit auf einem guten, grünen Weg!

Auch im Bereich der Kapitalanlagen haben sich im Laufe des Geschäftsjahres wieder einige Veränderungen bzw. Aktivitäten ergeben. Für im Portfolio befindliche Aktien betreiben wir ein »aktives Aktionärstum« und arbeiten hierbei mit der Union Investment als unserem strategischen »Engagement-Partner« zusammen. Über einen Vertrag zur Stimmrechtsausübung vertritt sie uns als aktiven Aktionär und stimmt ihr Verhalten in den Hauptversammlungen vor allem in den Bereichen Corporate Governance sowie soziale, ethische und umwelttechnische Fragen mit uns ab. In 2013 wurden die Intentionen der am Engagement-Prozess beteiligten Partner weiter spezifiziert und fortentwickelt sowie die Engagement-Aktivitäten auf Wirksamkeit hin untersucht, um so gezielt Schwerpunkte für künftige Zielsetzungen zu identifizieren. Die Ergebnisse dieser Arbeit erweitern den Umfang des Engagements im Jahr 2014.

Engagement ist umso wirkungsvoller, je mehr Anleger sich für spezielle Fragestellungen zu Interessensgemeinschaften zusammenschließen. Ein solches Forum stellt der »Arbeitskreis Kirchliche Investments« unter dem Dach der Evangelischen Kirche Deutschlands (EKD) dar, an dem sich die Kassen finanziell und inhaltlich beteiligen. Tätigkeitsschwerpunkt der zum 1. Oktober 2012 neu geschaffenen Koordinierungsstelle auf EKD-Ebene ist die Koordination von Engagement-Prozessen unter Berücksichtigung spezifischer kirchlicher Positionen oder die Identifizierung von Engagement-Themen, z. B. aufgrund von Studien kirchlicher Einrichtungen. Hier kann auf ein großes Potential von Informationen und Erfahrungen innerhalb unserer Kirchen in den Bereichen Ökologie, Soziales und Ethik zurückgegriffen werden. Der Arbeitskreis hat in 2013 eine 2. aktualisierte Auflage des Leitfadens für ethisch nachhaltige Geldanlage in der evangelischen Kirche herausgegeben. Sie enthält das neue Kapitel zu Rohstoffinvestments. Ebenfalls neu erhältlich ist eine englische Übersetzung des Leitfadens. Der AKI hat auf seiner Sitzung Ende Oktober außerdem eine leicht veränderte Fassung des Leitfadenskapitels zu Agrarinvestitionen beschlossen. Ein neuer Abschnitt zum Thema »Derivate« aus ethisch nachhaltiger Sicht ist in Vorbereitung.

Das in den letzten Jahren initiierte Projekt »Ethische Kapitalanlagen« wurde im Jahr 2013 abgeschlossen. Mit der Ende 2011 eingeführten »Verfahrensweisung zur Kapitalanlage unter ethischen und nachhaltigen Gesichtspunkten« und der in 2013 eingeführten »Verfahrensweisung Nachhaltigkeit Wertpapiere« sind alle Aktivitäten mittlerweile in den Regelprozess der Kapitalanlage überführt worden. Damit sind die Themen Nachhaltigkeit und Ethik von Kapitalanlagen Bestandteil des Managementsystems der am Prozess des Anlage-managements beteiligten Organisationseinheiten. Dieses Managementsystem ist in der Kapitalanlagerichtlinie für die Versorgungskassen beschrieben und wird kontinuierlich von allen hier tätigen Organisationseinheiten weiterentwickelt.

Auf Basis des von der EKD herausgegebenen »Leitfadens für ethisch nachhaltige Geldanlage in der evangelischen Kirche« wurde in Zusammenarbeit mit der KD-Bank ein Nachhaltigkeitsfilter erstellt. Auf Basis des daraus resultierenden Filterprozesses wurde auch in 2013 ein Bericht zur Kapitalanlage unter ethischen und nachhaltigen Gesichtspunkten erstellt, der den Einsatz der verschiedenen Instrumente und die Nachhaltigkeitsstruktur der Kapitalanlagen dokumentiert. Als Ergebnis kann festgehalten werden, dass alle in der Verfahrensanweisung »Nachhaltigkeit« vorgegebenen Limite eingehalten worden sind. Die auf dem Nachhaltigkeitsfilter basierende Ausschlussliste wird mittlerweile auf Quartalsbasis erstellt und findet im Kapitalanlageprozess entsprechende Berücksichtigung.

Zum Stichtag 30. Juni 2013 wurden alle Werte des Wertpapier-Direktbestandes, der Wertpapier-Sondervermögen sowie die anderen Direktanlagen analysiert. Für eine Vielzahl von Werten steht derzeit noch kein Nachhaltigkeitsrating einer Ratingagentur zur Verfügung. Bei der Ermittlung der Zielquote für die gesamten Kapitalanlagen wurde deshalb gem. Verfahrensanweisung XII: »Nachhaltigkeit« unterstellt, dass bisher nicht analysierbare und solche ohne Nachhaltigkeitsrating so lange als konform gelten, bis ein anderslautendes Ratingergebnis bekannt wird.

Derzeit werden 2,3 % (VJ: 4,6 %) des Renten-Direktbestands als nicht-konform mit den Ausschlusskriterien des EKD-Leitfadens bewertet. Bei diesen Papieren handelt es sich um festverzinsliche Wertpapiere mit Bestandsschutz, d. h. die Papiere laufen bei Fälligkeit aus. Bei den Spezialfonds beträgt die Quote der als nicht-filterkonform erkannten Wertpapiere 3,2 % (VJ: 5,2 %). Hier wird mit dem Engagement-Ansatz über die Instrumente Stimmrechtsabgabe und Dialog auf eine Verhaltensänderung der Emittenten hingewirkt. Bei neu zu vergebenden Anlagemandaten werden Anlagegesellschaften bevorzugt, die die UNPRI-Erklärung unterzeichnet haben. Von den aktuell eingesetzten Managern haben bereits 84 % (VJ: 71 %), bezogen auf das verwaltete Anlagevolumen, die UNPRI-Erklärung unterzeichnet und damit bestätigt, dass sie Nachhaltigkeitsaspekte in ihrem Investmentprozess berücksichtigen.

Entwicklung an den Kapitalmärkten

Die Kapitalmärkte waren auch in 2013 weniger durch makroökonomische Entwicklungen geprägt, denn durch die Politik der Zentralbanken. So hinterließen die Öffnung der Geldschleusen der japanischen Notenbank, die wankelmütige US-Notenbank, der Haushaltsstreit in den USA, die zunächst zögerliche Haltung der EZB im internationalen Währungsspiel sowie die Regulierung des Finanzsektors deutliche Spuren. Das globale Wachstum blieb mit rund 3 % unterhalb der Erwartungen. Dabei war das Wachstum in den Industrieländern im Vergleich zu den Schwellenländern erstaunlich robust, wobei auch hier die Realität hinter den hohen Erwartungen zurückblieb. In den Schwellenländern führten hausgemachte Probleme zusammen mit der Furcht um eine restriktivere Geldpolitik der FED zu massiven Liquiditätsabflüssen. Der Euroraum arbeitete sich im Verlauf des Jahres aus der Rezession. Aber die Reformschwäche in Frankreich und die Regierungskrisen in Italien zeigen, dass die Eurokrise noch nicht überwunden ist. Allerdings tragen die Reformbemühungen in Europa erste Früchte. So ist es neben Irland auch Spanien und Portugal gelungen, erfolgreich an den Kapitalmarkt zurückzukehren.

Konjunkturelle Entwicklung

An den Rentenmärkten haben Anleger in vermeintlich sicheren Staatsanleihen ein schwarzes Jahr erlebt. Trotz Deflationsängsten im Euroraum sind die Zinsen 10-jähriger Bundesanleihen infolge der erwarteten Abkehr der FED von der extrem expansiven Geldpolitik von 1,29 % auf 1,96 % angestiegen. Infolge der daraus resultierenden Kursverluste ergab sich für 2013 eine Gesamttrendite von rund -5 %. 10-jährige Staatsanleihen der USA verzeichneten sogar Verluste von -10 %. Hingegen konnten mutigere Investoren von der positiven Entwicklung der Europeripherie profitieren. So summierten sich Zinsen und Kursgewinne bei spanischen Staatsanleihen auf einen Gesamtertrag von über 11 %. Daneben konnten erneut auch hochverzinsliche Unternehmensanleihen mit einem Ertrag von rund 7 bis 11 % überzeugen. Im Kontext regionaler Krisen und ansteigender US-Zinsen verzeichneten Anleihen aus Schwellenländern massive Liquiditätsabflüsse, die in Kursverlusten von rund -6 % mündeten.

Rentenmärkte

Nach dem schon guten Aktienmarktjahr 2012 kannten die Aktienmärkte in den Industrieländern auch 2013 nur eine Richtung: Nach oben. Mit Jahresgewinnen von fast 18 % für den Euro Stoxx 50 dürften die meisten Anleger deutlich überrascht worden sein. Dabei blieb die Entwicklung der Unternehmensgewinne deutlich hinter den Kurszuwächsen zurück. Ebenfalls dürfte der Nikkei auf dem Radar der meisten Anleger gefehlt haben. Mit dem Ziel, die andauernden deflationären Tendenzen zu beenden, hat die japanische Notenbank eine ultraexpansive Geldpolitik eingeläutet. Das Ergebnis: Der Nikkei beendet das Jahr mit Kurszuwächsen von knapp 57 %. Analog zu den korrespondierenden Staatsanleihen litten auch Aktien aus den Schwellenländern unter den Liquiditätsabflüssen. In Euro gerechnet

Aktienmärkte

verloren Aktien aus Schwellenländern gemessen am MSCI Emerging Markets rund -7 %.

Devisenmärkte

Obwohl die wirtschaftliche Entwicklung in den USA eine deutlich höhere Dynamik als in Europa entfaltete, führte die expansivere Geldpolitik der FED zu einer deutlichen Abwertung des US-Dollar von rund -4 %. Die noch extremer agierende japanische Notenbank ließ den Yen um rund -21 % abwerten. Interne strukturelle Probleme und die schwache Nachfrage aus China sowie den Industriestaaten führten zu deutlichen Währungsabwertungen in den Schwellenländern.

Entwicklungen am Kapitalmarkt

		31.12.2013	31.12.2012	Veränderung	
				absolut	%
Bund Future	in Punkten	139,17	145,64	-6,47	-4,4
10-jährige Bund	in Prozent	1,96	1,29	0,67	51,9
10-jährige Pfandbriefe (DGZF)	in Prozent	2,26	1,74	0,52	29,9
Asset Swap Spread AAA	in Basispunkten	6,75	10,36	-3,61	-34,8
Asset Swap Spread BBB	in Basispunkten	118,38	185,86	-67,48	-36,3
iBoxx EUR Corporates TR	in Punkten	196,52	192,22	4,30	2,2
Dax	in Punkten	9.552	7.612	1.940	25,5
V-Dax	in Punkten	13,2	16,1	-2,9	-18,0
EuroStoxx 50	in Punkten	3.109	2.636	473	17,9
DJ Industrial Index	in Punkten	16.577	13.104	3.473	26,5
S&P 500	in Punkten	1.848	1.426	422	29,6
Nikkei 225	in Punkten	16.291	10.395	5.896	56,7
MSCI Welt (EUR)	in Punkten	160,93	132,78	28,15	21,2
MSCI Emerging Markets (EUR)	in Punkten	279,69	300,13	-20,44	-6,8
Euro	in US-Dollar	1,38	1,32	0,06	-4,2
Euro	in Yen	144,51	113,57	30,94	-21,4
Brent Oil	in US-Dollar	111,59	110,62	0,97	0,9

Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Kasse ist im Berichtsjahr durch den kontinuierlichen Zuwachs der Kapitalanlagen und der versicherungstechnischen Rückstellungen sowie den Zufluss von Sanierungsgeld geprägt. Ein positiver Verlauf an den Kapitalmärkten mit steigenden Aktienmärkten hatte einen wesentlichen Einfluss auf die guten Ergebnisse der Anlagepolitik. Das historisch niedrige Zinsniveau stellt auch die Kasse vor Herausforderungen, da Neuanlagen im festverzinslichen Bereich deutlich niedrigere Erträge generieren als in der Vergangenheit. Die hieraus resultierende Ertragsminderung wirkt sich auf die Gesamtanlage der Kasse allerdings erst mit zeitlicher Verzögerung aus. Ihre nachhaltige Wirkung wird wesentlich von der Dauer des aktuellen Zinstals bestimmt werden.

Vermögenslage

Die Kapitalanlagen erhöhten sich im Berichtszeitraum um 403.823 T€ auf 5.836.052 T€. Die Bestandswerte entfallen auf die drei Abrechnungsverbände wie folgt:

Kapitalanlagen

Kapitalanlagen	2013	2012	Veränderung	
	T€	T€	T€	%
Verband S (Altvermögen)	3.126.763	3.105.727	21.036	0,7
Verband P (Pflichtversicherung)	2.572.411	2.207.005	365.406	16,6
Verband F (Freiwillige Versicherung)	136.878	119.497	17.381	14,5
Gesamt	5.836.052	5.432.229	403.823	7,4

Die Veränderung des Kapitalanlagevolumens wird im Wesentlichen durch Mittelzuflüsse aus Beitragseinnahmen, Sanierungsgeld und Kapitalerträge sowie durch Abflüsse in Form von ausgezahlten Versicherungsleistungen bestimmt. Die Abrechnungsverbände P und F mit ihrer noch vergleichsweise jungen Versichertenstruktur verzeichnen im Vergleich zum geschlossenen Altbestand S per Saldo erheblich höhere Mittelzuflüsse, die den Kapitalstock rasch anwachsen lassen. Über alle drei Abrechnungsverbände hinweg ergaben sich für die Kapitalanlagen Zugänge in Höhe von 808.289 T€, Abgänge in Höhe von 395.182 T€, Zuschreibungen in Höhe von 2.034 T€ und Abschreibungen in Höhe von 11.318 T€. Die Neuanlagen wurden schwerpunktmäßig in den Bereichen Inhaberschuldverschreibungen (430.474 T€), Fonds (181.777 T€) und Sonstige Ausleihungen (163.788 T€) vorgenommen.

Die Nettoverzinsung der Kapitalanlagen liegt mit 5,42 % nochmals deutlich über dem Vorjahresniveau von 5,04 %. Die Bewertungsreserven, d. h. die Differenz zwischen Markt- und Buchwerten, wurden im Berichtsjahr von steigenden Aktienkursen positiv, durch steigende Zinsen und in der Folge rückläufigen Kursen bei festverzinslichen Wertpapieren negativ beeinflusst. Per Saldo ergab sich bei den Bewertungsreserven ein Rückgang um 163.528 T€ auf 690.133 T€. Die laufende Durchschnittsverzinsung ist infolge einer geänderten Ausschüttungspolitik für die Fonds trotz des rückläufigen Zinstrends auf 5,15 % (VJ: 4,23 %) angewachsen.

Finanzlage

Versicherungstechnische Rückstellungen

Im versicherungsmathematischen Gutachten vom 21. März 2014 hat der Verantwortliche Aktuar zum Stichtag 31. Dezember 2013 die Deckungsrückstellungen ermittelt.

Die Deckungsrückstellungen zum Stichtag 31. Dezember haben folgende Volumina:

Deckungsrückstellungen	2013	2012	Veränderung	
	T€	T€	T€	%
Verband S (Altvermögen)	4.403.252	4.440.915	−37.663	−0,8
Verband P (Pflichtversicherung)	2.830.871	2.488.871	342.000	13,7
Verband F (Freiwillige Versicherung)	137.971	120.693	17.278	14,3
Gesamt	7.372.094	7.050.479	321.615	4,6

Zum Stichtag haben sich die nicht durch Eigenkapital gedeckten Fehlbeträge wie folgt entwickelt:

Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	2013	2012	Veränderung	
	T€	T€	T€	%
Verband S (Altvermögen)	1.084.423	1.176.979	−92.556	−7,9
Verband P (Pflichtversicherung)	181.427	182.245	−818	−0,4
Gesamt	1.265.850	1.359.224	−93.374	−6,9

In den Verbänden S und P bildeten sich die Fehlbeträge in Höhe der realisierten Jahresüberschüsse zurück. Entsprechend wurden Verlustrücklagen und Rückstellungen für Leistungsverbesserungen im Berichtsjahr nicht eingestellt.

Im Verband F besteht unverändert kein Fehlbetrag. Der Jahresüberschuss wurde auf Vorschlag des Verantwortlichen Aktuars für den Gewinnverband Tarif 2001 voll und für den Gewinnverband Tarif 2012 zur Hälfte der Verlustrücklage zugeführt. Insgesamt erhöht

sich dadurch die Verlustrücklage zum Jahresultimo 2013 auf 3.029 T€ (VJ: 2.443 T€). Mit dem verbleibenden Jahresüberschuss im Gewinnverband Tarif 2012 wurde eine Rückstellung für Leistungsverbesserungen in Höhe von 3 T€ (VJ: 0 T€) gebildet.

Der Deckungsgrad der Verpflichtungen, der das Verhältnis zwischen Kapitalanlagen und lfd. Guthaben bei Kreditinstituten einerseits und Deckungsrückstellung andererseits darstellt, ist von 78,8 % auf 80,6 % gestiegen. Im Abrechnungsverband S hat sich der Deckungsgrad von 71,1 % auf 71,8 %, im Abrechnungsverband P von 91,6 % auf 93,2 % erhöht. Im Abrechnungsverband F hat sich der Deckungsgrad geringfügig von 100,7 % auf 100,6 % vermindert.

Zum Ausgleich der Deckungslücken werden die vom Verantwortlichen Aktuar vorgeschlagenen und vom Verwaltungsrat beschlossenen Maßnahmen fortgeführt. Diese Maßnahmen umfassen die fortgeführte Erhebung des Sanierungsgeldes für den Abrechnungsverband S und den bis auf weiteres um 0,8 % erhöhten Beitragssatz im Abrechnungsverband P.

Ausgleich von Deckungslücken

Ertragslage

Bedingt durch ein Anwachsen der zusatzversorgungspflichtigen Entgelte aufgrund steigender Versichertenzahlen und Tarifsteigerungen sind die Beitragseinnahmen um 13.893 T€ oder 3,9 % auf insgesamt 371.484 T€ angewachsen. Darin enthalten sind auch die Beiträge aus der Freiwilligen Versicherung in Höhe von 13.012 T€, die von Arbeitgebern und Versicherten vereinnahmt wurden. Die im Jahr 2013 durchgeführten Überleitungen haben zu Mittelzuführungen in Höhe von 20.563 T€ und Mittelabflüssen in Höhe von 25.356 T€ geführt. Dabei wurden 2.787 Überleitungsannahmen mit einem durchschnittlichen Barwert in Höhe von 7.378 € und 3.217 Überleitungsabgaben mit einem durchschnittlichen Barwert in Höhe von 7.878 € abgewickelt.

Das Ergebnis aus Kapitalanlagen übertrifft mit 305.208 T€ (VJ: 265.524 T€) den Vorjahreswert deutlich um 39.685 T€. Hierin enthalten ist eine Steigerung der Erträge aus Kapitalanlagen gegenüber dem Vorjahr um 12,1 % auf 330.981 T€, die u. a. auf gestiegene Gewinne aus Aktienanlagen zurückgeht.

Ein Nettozugang von 2.308 Betriebsrentenfällen und die Rentenerhöhung zum 1. Juli 2013 um ein Prozent haben die Aufwendungen für Rentenzahlungen um 5.362 T€ auf 228.043 T€ wie erwartet weiter zunehmen lassen. Die gesamten Versicherungsleistungen einschließlich der Aufwendungen für Abfindungen beliefen sich im Berichtszeitraum auf 256.548 T€ (VJ: 248.117 T€). Diese teilen sich

auf in 219.394 T€ für den Verband S, 36.530 T€ für den Verband P und 625 T€ für den Verband F. An Beitragserstattungen wurden 26 T€ (VJ: 18 T€) gezahlt.

Die Aufwendungen für die Erhöhung der versicherungstechnischen Rückstellungen sind mit einem Gesamtvolumen von 321.618 T€ (VJ: 298.102 T€) um 23.516 T€ höher als im Vorjahr ausgefallen. Hier spiegelt sich der Zuwachs künftiger Leistungen wider, dem auch erhöhte Beitragseinnahmen entgegenstehen.

Jahresergebnis

Im Berichtsjahr wurde konsolidiert über alle Verbände ein Jahresüberschuss von 93.960 T€ erzielt. Für den Verband S ergab sich ein Überschuss von 92.556 T€, für den Verband P von 818 T€ und für den Verband F von 586 T€.

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Personalstand

Am Jahresende hatte die Kasse folgenden Personalstand:

Vorstandsmitglieder	2
vollbeschäftigte Angestellte	100
teilzeitbeschäftigte Angestellte	36
Auszubildende	2
Insgesamt	140

Bei Umrechnung der Teilzeitbeschäftigungsverhältnisse in Volläquivalente ergibt sich ein Personalbestand von 125,7 (VJ: 122,4). Daneben beschäftigt die Kasse 3 (VJ: 2) vollzeit- und 23 (VJ: 22) teilzeitbeschäftigte Hausmeister in der Grundstücksverwaltung.

Der Anteil der weiblichen Mitarbeitenden in der Verwaltung beträgt 55,0 % (VJ: 55,5 %).

Das Durchschnittsalter der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Verwaltung betrug bei den Frauen 47,3 (VJ: 46,6) Jahre und bei den Männern 44,1 (VJ: 44,4) Jahre.

Die Kasse beschäftigt zwei Auszubildende.

Aus- und Fortbildung

Es fanden tageweise Lehrgänge und Weiterbildungen in den Bereichen EDV, Rente, Versicherte, Innere Verwaltung, Vermögensverwaltung, Controlling/Risikomanagement, Innenrevision, Personalverwaltung, Arbeitsschutz, Mitarbeitervertretungsrecht, Datenschutz und Projektmanagement statt. Ein Mitarbeiter nimmt zurzeit an der Ausbildung zum Aktuar DAV teil. Ein Mitarbeiter wurde zum CIIA (Certified International Investment Analyst) weitergebildet. Zwei

Mitarbeitende nehmen an einer Fortbildung im Bereich Betriebswirtschaft bei der Verwaltungs- und Wirtschaftsakademie (VWA) in Bochum teil. Des Weiteren befinden sich zwei Mitarbeitende in einer EDV-Aufbauqualifizierung bei der IHK Münster und zwei Mitarbeitende nehmen an einem Führungskräftenachwuchsentwicklungsprogramm bei der AKA teil. Zwei Mitarbeitende haben ein über zwei Jahre erstrecktes Führungskräfte-Training-Programm abgeschlossen, das mehrere AKA-Mitgliedschaften gemeinsam organisiert haben.

Risiken der künftigen Entwicklung

Im Folgenden werden die Entwicklungen dargestellt, die Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Kasse haben könnten. Der Risikobericht der Kasse wird nach den Kriterien des Deutschen Rechnungslegungs-Standard Nr. 20 Anlage 2 für Versicherungsunternehmen (DRS 20 Anl. 2) gegliedert.

Organisatorischer Aufbau und Ablauf

In das Risikomanagement der Kasse sind folgende Unternehmensbereiche integriert: Die Abteilung Unternehmensplanung/Controlling, das dezentrale Controlling der Fachbereiche Realkredite und Liegenschaften sowie die Interne Revision. Die Abteilung Unternehmensplanung/Controlling misst und steuert die Risiken der Aktiv- und Passivseite zentral, ist zuständig für das Kapitalanlage- und Risikocontrolling und verantwortlich für die Aktiv-Passiv-Steuerung. Die Abteilungsleitung ist fachlich dem Vorstand Kapitalanlagen und Finanzen unterstellt und berichtet an den Gesamtvorstand.

Das dezentrale Controlling in den Abteilungen Realkredite und Liegenschaften überwacht und steuert die mit der dortigen Anlagendisposition verbundenen Risiken und tauscht Informationen und Ergebnisse mit der Abteilung Unternehmensplanung/Controlling aus.

Die Interne Revision ist eine unabhängige Kontrollinstanz und prüft nach einem risikoorientierten Prüfungsplan die Arbeit in allen Fachbereichen und unterbreitet bei Bedarf Verbesserungsvorschläge für die Aufbau- und Ablauforganisation. Sie ist fachlich dem Vorstand Kapitalanlagen und Finanzen unterstellt. Ihre Berichte gehen an den Gesamtvorstand sowie an den Vorsitzenden und den 1. stellv. Vorsitzenden des Verwaltungsrats.

Biometrisches Risiko

Die Übernahme von versicherungstechnischen Risiken ist konstitutiver Geschäftsbestandteil der Zusatzversorgung. Die Beiträge werden auf Grundlage der arbeitsrechtlichen Vereinbarung (in der Pflichtversicherung) bzw. den allgemeinen Versicherungsbedingungen (in der Freiwilligen Versicherung) auf Basis der Sterbetafel RT1998 von Klaus

Versicherungstechnische Risiken

Heubeck kalkuliert. Für die Bewertung der Deckungsrückstellung in der Bilanz werden modifizierte Richttafeln 2005G von Klaus Heubeck verwendet. Durch die Verwendung dieser Rechnungsgrundlagen für die Bewertung der Deckungsrückstellung wird der gegenwärtig zu beobachtenden Lebenserwartung Rechnung getragen. Der Verantwortliche Aktuar überprüft jährlich die Angemessenheit der verwendeten Sterbetafeln. Eine weitere Reduktion der Sterblichkeit um 20 % hätte basierend auf den aktuellen Rechnungsgrundlagen eine Erhöhung der Deckungsrückstellung von 5,2 % bzw. ca. 380,0 Mio. € zur Folge. Eine Erhöhung der Invalidisierungswahrscheinlichkeiten um 25 % wirkt sich nur unwesentlich in den Verbänden S und F aus, im Verband P erhöht sich die Deckungsrückstellung um 36,9 Mio. € (1,3 %).

Die Analyse der Angemessenheit der verwendeten Rechnungsgrundlagen für die Pflichtversicherung erfolgt, bezogen auf einen Dreijahreszeitraum (2011 bis 2013), um auf diese Weise Zufallsschwankungen eines Jahres auszugleichen. Die im Bestand beobachtete hohe Lebenserwartung einerseits und die niedrige Invalidisierungswahrscheinlichkeit andererseits machen Modifikationen der Standard-Sterbetafeln erforderlich. Die Deckungsrückstellung 2013 basiert auf den folgenden biometrischen Annahmen:

Für die Pflichtversicherung: Generationentafel 2005G mit
+ 10 Jahren Generationenverschiebung und 65 % der Invalidisierungswahrscheinlichkeiten (2005G + 10 Jahre, 65 % IX).

Für die Freiwillige Versicherung: Generationentafel 2005G mit
+ 15 Jahren Generationenverschiebung und 65 % der Invalidisierungswahrscheinlichkeiten (2005G + 15 Jahre, 65 % IX).

Der für die Freiwillige Versicherung mit 15 (statt 10) Jahren Generationenverschiebung vorsichtiger gewählte biometrische Ansatz ist darin begründet, dass für diesen jungen Abrechnungsverband noch keine abgesicherten Analysen zur Angemessenheit der verwendeten biometrischen Rechnungsgrundlagen durchgeführt werden können. Durch die stärkere Generationenverschiebung soll eine mögliche Risikoselektion in der Freiwilligen Versicherung aufgefangen werden.

Eine Prüfung der Angemessenheit der biometrischen Rechnungsgrundlagen erfolgt jährlich durch den externen Verantwortlichen Aktuar.

Rechnungszins und Zinsgarantierisiko

Die Berechnung der Deckungsrückstellung erfolgt mittels eines Rechnungszinses von 4,25 %. Dies ist auch der Zinssatz, dessen Erwirtschaftung unter Zugrundelegung des aktuellen Beitragsniveaus und der biometrischen Rahmenbedingungen zur langfristigen Finanzierung der Leistungsverpflichtung erforderlich ist. Angesichts der

langen Zeitdauer, über die sich die Leistungsverpflichtung erstreckt, stellt eine anhaltende Unterschreitung dieser Zielverzinsung ein wesentliches Risiko dar, das sich in der aktuellen Niedrigzinsphase verstärkt. In diesem Falle müsste die Kasse in der Pflichtversicherung mit Beitragsanhebungen oder Sanierungsgeld reagieren. Im Abrechnungsverband F besteht die Möglichkeit, auf eine nachhaltige Minderverzinsung der Kapitalanlagen mit einer Leistungsreduktion bis zu einer Höhe zu reagieren, die einer Verzinsung der geleisteten Beiträge von 0 % entspricht.

Ziel der Kasse ist, die Kapitalanlagen so zu steuern, dass die Notwendigkeit dieser Anpassungsmechanismen minimiert wird. Wesentlich hierfür ist eine Ausrichtung der Anlagepolitik auf langfristig auskömmliche und stabile laufende Erträge. Stille Reserven in den Kapitalanlagen werden einerseits zur weiteren Ertragsstabilisierung und andererseits durch gezielte und dosierte Auflösung auch zur Ertragsverbesserung genutzt.

Sowohl in den Abrechnungsverbänden S und P als auch in der Freiwilligen Versicherung (Abrechnungsverband F) liegt die für 2013 erzielte Nettoverzinsung deutlich über der Zielgröße von 4,25 %.

Soziale Komponente

Die Satzung sieht bei Eintritt des Leistungsfalles bei Erwerbsminderung vor dem 60. Lebensjahr eine Zurechnung vor. Diese soziale Komponente »Zurechnung bei Erwerbsminderung« ist nach der Gestaltung des neuen Systems im Rahmen des Punktemodells aus den Überschüssen zu finanzieren. Seit 2009 sind die sozialen Komponenten im Sinne eines vorsichtigen und transparenten Bewertungsansatzes in der versicherungstechnischen Rückstellung enthalten. Zum 31.12.2013 haben sie ein Volumen von 76,2 Mio. €. Die Gleichstellung von Zeiten des Mutterschutzes mit Beschäftigungszeiten, geregelt in § 36 a Änderungstarifvertrag Nr. 5 vom 30. Mai 2011 zum Tarifvertrag Altersversorgung – ATV vom 1. März 2002, werden noch nicht in der versicherungstechnischen Rückstellung berücksichtigt, da noch keine aktualisierten Berechnungen zu dieser tarifvertraglichen Neuregelung vorliegen.

Verwaltungskosten

Die Verwaltungskosten setzen sich aus Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb und aus Regulierungsaufwendungen zusammen. Der Verantwortliche Aktuar stellt für das Geschäftsjahr 2013 fest, dass die Verwaltungskostenansätze in jedem einzelnen Abrechnungsverband auskömmlich sind.

Bewertung des Verantwortlichen Aktuars

Der Verantwortliche Aktuar gibt in seinem Bericht zur Finanzlage vom 24. März 2014 folgende Stellungnahme ab:

»Die vom Aktuar erstellten Vorgaben und Vorschläge zur Konsolidie-

Die drei Abrechnungsverbände S, P und F sind seitens der KZVK umfassend umgesetzt. Neben einer Absenkung der Zinsanforderung im Abrechnungsverband F wurde zur Sicherstellung der dauernden Erfüllung der Leistungen der Finanzierungssatz im Abrechnungsverband P auf 4,8 % der zusatzversorgungspflichtigen Entgelte angepasst; des Weiteren wird für den Abrechnungsverband S ein Sanierungsgeld erhoben.

Die für die Pflichtversicherung im Jahr 2010 umgesetzten Maßnahmen wurden mit der Zielvorgabe eingeführt, eine Schließung der Deckungslücke im Abrechnungsverband S über einen Zeitraum von ca. 20 Jahren (also ca. bis zum Jahr 2030) und im Abrechnungsverband P von ca. 15 Jahren (also ca. bis zum Jahr 2025) zu erreichen. Diese Zielvorgaben sind, nicht zuletzt vor dem Hintergrund der zum 31.12.2013 bestehenden, stillen Reserven in Höhe von 488,3 Mio. € (Abrechnungsverband S) bzw. von 192,1 Mio. € (Abrechnungsverband P) nach wie vor erreichbar. Gleichwohl erscheint die Zielvorgabe für den Abrechnungsverband P insgesamt ambitionierter, da eine Schließung der Deckungslücke im Abrechnungsverband P bis zum Jahr 2025 nach derzeitigem Stand nur durch Auflösung stiller Reserven realisierbar erscheint, während eine Schließung der Deckungslücke im Abrechnungsverband S bis zum Jahr 2030 nach derzeitigem Stand auch ohne Einbeziehung stiller Reserven möglich wäre.

Die Bewertung der Verpflichtungen basiert in allen drei Abrechnungsverbänden auf einem transparenten, auf die Verhältnisse der KZVK abgestimmten Bewertungsansatz, der die Risiken Rentendynamik, Biometrie, Frühpensionierung und soziale Komponenten explizit mit umfasst. Der Rechnungszins für die Durchführung der Bewertung ist für den Tarif 2012 der Freiwilligen Versicherung mit 2,75 %, für die Pflichtversicherung und den Tarif 2002 der Freiwilligen Versicherung einheitlich mit 4,25 % festgesetzt.

Sofern man unterstellt, dass keine sonstigen Abweichungen vom rechnerisch vorgegebenen Ansatz auftreten, liegt die Zinsanforderung zur Sicherstellung der dauernden Erfüllung der Leistungen in der Größenordnung des Bewertungszinssatzes.

Hinweis: Im Abrechnungsverband P wird der Übergang auf einen Bewertungsansatz incl. Berücksichtigung der 1,0 %igen Rentendynamik durch sukzessive Stärkungen der Deckungsrückstellung bis zum Jahr 2018 vollzogen, d. h. der auf die Rentendynamik entfallende, zusätzliche Verpflichtungsanteil wird der Deckungsrückstellung im Abrechnungsverband P nicht unmittelbar, sondern über einen Zeitraum von 10 Jahren verteilt zugeführt. Die Vorgehensweise einer über mehrere Jahre verteilten, sukzessiven Dotierung/Stärkung der Deckungsrückstellung und die Festlegung der Höhe des jeweils zuzuführenden Betrags erfolgt in Abstimmung mit dem Verantwortlichen Aktuar.

Der Zuführungsbetrag zur Stärkung der Deckungsrückstellung - bezogen auf den bis zum Jahr 2018 verbleibenden Übergangszeitraum - ist auf Grundlage einer versicherungsmathematischen Prognoserechnung zur Entwicklung der Differenz zwischen einem Bewertungsansatz mit/ohne Berücksichtigung der Rentendynamik jährlich anzu-

passen bzw. zu aktualisieren; er wird allerdings nur für das jeweils nächste Jahr im Vorhinein festgelegt. Vor diesem Hintergrund wird für die Zuführung im Jahr 2014 ein Betrag in einer Größenordnung von 56,0 Mio. € festgesetzt.

Die von der KZVK erwartete, durchschnittliche (Mindest-)Verzinsung von 4,25 % wird nach wie vor im stochastischen Mittel als erreichbar angesehen, wobei sich diese Aussage auf die Ergebnisse einer entsprechenden, von der KZVK durchgeführten ALM-Studie stützt. Die dauernde Erfüllbarkeit der Leistungen erscheint daher - nach derzeitigem Kenntnisstand und unter Berücksichtigung der getroffenen und fortzuführenden Sanierungs- und Konsolidierungsmaßnahmen - nach wie vor sichergestellt.«

Ausfall von Forderungen gegenüber den Beteiligten

Das Forderungsausfallrisiko der Kasse liegt vor allem im Abrechnungsverband S und betrifft Sanierungsgeld und Ausgleichsbeträge.

Das für das Jahr 2012 erhobene Sanierungsgeld von 77.759 T€, welches bis zum 30. November 2013 an die KZVK zu zahlen war, wurde im Jahr 2013 größtenteils vereinnahmt. Die Höhe der offenen Forderungen aus dem Sanierungsgeld zum 31. Dezember 2013 beträgt 12.992 T€ und macht 16,8 % der jährlichen Sanierungsgeldforderung aus. Zum 11. April 2014 beträgt der Saldo nur noch 11.176 T€ bzw. 14,4 %. Die offenen Forderungen aus dem Sanierungsgeld für das Jahr 2011 betragen zum 11. April 2014 noch 2.977 T€ bzw. 4,0 % und resultieren hauptsächlich aus Widersprüchen, welche sich in der Klärung befinden. Insgesamt belaufen sich die offenen Forderungen aus den Erhebungsjahren 2009 bis 2012 zum 11. April 2014 auf 16.357 T€ oder 6,2 %.

In den Verbänden P und F ist das Forderungsausfallrisiko gering, da Punktegutschriften zahlungsabhängig vorgenommen werden. Bei Rückforderungen aus überzahlten Renten handelt es sich regelmäßig um kleinere Beträge, die für die Kasse kein wesentliches Forderungsausfallrisiko darstellen. Gemäß dem kaufmännischen Vorsichtsprinzip werden bei drohenden Zahlungsausfällen rechtzeitig Wertberichtigungen vorgenommen.

Kapitalanlagen

Die Risiken setzen sich überwiegend aus den Bereichen Markt-, Bonitäts- und Liquiditätsrisiko zusammen. Marktrisiken entstehen vor allem durch Kurs-, Zins- und Währungsschwankungen. Für die Kapitalanlage der Kasse gelten gemäß § 54 der Satzung die Anlagegrundsätze des § 54 Versicherungsaufsichtsgesetz (VAG) und die Bestimmungen der Anlageverordnung (AnlV). Im Rahmen einer freiwilligen Selbstverpflichtung wenden wir die versicherungsaufsichtsrechtlichen Rundschreiben der BaFin an.

Risiken aus Kapitalanlagen

Nach § 54 Abs. 1 VAG sind die Kapitalanlagen eines Versicherungsunternehmens unter Berücksichtigung der Art des betriebenen Versicherungsgeschäfts sowie der Unternehmensstruktur so anzulegen, dass möglichst große Sicherheit und Rentabilität bei jederzeitiger Liquidität unter Wahrung angemessener Mischung und Streuung erreicht werden. Ergänzende Richtlinien und Anlagevorschriften für die unterschiedlichen Assetklassen präzisieren diesen Grundsatz der Kapitalanlage. Angelegt wird das Kapital hauptsächlich in festverzinslichen Wertpapieren, Aktien, Immobilien, Realkredite und Beteiligungen. Die Anlagen werden regelmäßig hinsichtlich ihrer Risiken untersucht. Diese Risiken sind im Blickpunkt der für die jeweiligen Assetklassen verantwortlichen Personen.

Asset-Liability-Management-Studie

Zentrales Element des Risikomanagements ist die regelmäßige Erstellung und Weiterentwicklung von ALM-Studien. Ziel dieser Analysen ist, die künftige Entwicklung von Verpflichtungen und Vermögensanlagen zu simulieren und optimal aufeinander abzustimmen. Anhand von aktuariellen Projektionen und stochastischen Simulationen wird auf Basis des Ist-Portfolios und alternativer Kapitalanlageportfolios die Anlagestrategie unter Beachtung bilanzieller Restriktionen aus der durch die Passivseite gegebenen Renditeverpflichtung abgeleitet. Ergebnis dieser Analysen ist neben dem strategischen Kapitalanlageportfolio die künftige Entwicklung von Kennziffern aus Bilanz und GuV, Bewertungsreserven und erzielbaren Renditen. Die wesentlichen Handlungsoptionen in der Anlagestrategie können somit hinsichtlich ihrer Rendite- und Risikokonsequenzen verdeutlicht werden. Als Renditemaß wird der Erwartungswert und als Risikomaß das 99,5%-Quantil der Ergebnisgrößen bei einer Haltedauer von einem Jahr herangezogen. Dieses Risikomaß zeigt das Ergebnisniveau, welches mit einer Wahrscheinlichkeit von 0,5 % unterschritten werden könnte. Es repräsentiert also ein Ereignis, welches einmal in 200 Jahren zu erwarten ist.

Gemäß Rundschreiben 4/2011 der BaFin werden dem Vorstand u. a. konkrete Handlungsempfehlungen bzgl. der betrachteten Allokationen aufgezeigt und entsprechende Empfehlungen inkl. damit verbundener Risikoeinschätzung gegeben. Die Entscheidung über mögliche Maßnahmen trifft dann der Vorstand. Ein Regelprozess für die Erstellung einer jährlichen ALM-Studie wurde implementiert und in einer Verfahrensanweisung dokumentiert.

BaFin-Stresstest

Im Jahr 2013 wurde erneut der klassische Stresstest der BaFin (Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht) gerechnet. Dieser wird auf freiwilliger Basis erstellt. Mit dem Test wurde die Wirkung krisenhafter Veränderungen des Kapitalmarktes auf die Bilanz simuliert. Insgesamt wurde überprüft, ob die Kasse trotz einer eintretenden anhaltenden Krisensituation (= Stress-Szenario) in der Lage ist, die gegenüber den Versicherten eingegangenen bilanziellen Verpflichtungen zu erfüllen.

Der klassische Stresstest wird erwartungsgemäß nicht vollständig bestanden. Darin spiegelt sich wider, dass die Kasse noch keine vollständige Kapitaldeckung der Deckungsrückstellung aufweisen kann. Allerdings wirken sich die fortgesetzten Zahlungen des Sanierungsgeldes/ des Zusatzbeitrags an die Kasse sowie die Kapitalmarktentwicklung positiv aus.

Erstmalig wurde parallel dazu ein Vergleich zwischen dem vom Vorstand festgelegten minimalen Deckungsgrad zu Marktwerten und dem Deckungsgrad zu Marktwerten nach Stresstest vorgenommen, da dieser Vergleich geeigneter für die bestehende Bilanzstruktur ohne Eigenkapital bzw. mit Fehlbetrag ist. Der minimale Deckungsgrad zu Marktwerten leitet sich aus der ALM-Studie ab, wird vom Vorstand jährlich festgelegt und findet Eingang in das Risiko-Limitsystem der Kasse. Der Deckungsgradvergleich ergibt durchgehend positive Salden für alle Stress-Szenarien.

Der Stresstest ermöglicht wertvolle Einblicke in die Auswertung von Stresssituationen und hilft, die Risikobereitschaft der Kasse zu definieren. Das Ergebnis des Stresstests wurde dem Gesamtvorstand und dem Verwaltungsrat präsentiert. Die Ergebnisse und Konsequenzen aus dem Test wurden mit den Ergebnissen anderer interner und externer Planungs- und Analysemethoden (z. B. der ALM-Studie) abgestimmt.

Aktienmarktrisiko

Auf Basis moderner, aktuarieller Methoden und stochastischer Simulationen wird das strategische Kapitalanlageportfolio der Kasse optimiert. Unter Berücksichtigung der zu erzielenden hohen Zinsanforderung ergibt sich aus der ALM-Studie die Empfehlung einer Aktienquote von bis zu 22 %. Dies bedingt relativ hohe Aktienkursrisiken, wodurch die Risikotragfähigkeit bei starken Aktienmarktbewegungen oder bei einem Aktienkursverfall nachhaltig geschwächt werden kann. Abschreibungen können die Bilanz und die Gewinn- und Verlustrechnung belasten. Für die Risikobeurteilung der KZVK ist zu berücksichtigen, dass ihr wegen der Struktur ihrer Beitragseinnahmen und Leistungsverpflichtungen noch über viele Jahre ein positiver Liquiditätsüberschuss aus der Versicherungstechnik sicher ist, sie also zur Zahlung der Versicherungsleistung über viele Jahre keine Kapitalanlagen außerplanmäßig veräußern muss. Dies hat einen sehr langen Anlagehorizont zur Folge mit nur geringen Liquiditätsrisiken und reduziert insbesondere das Risiko aus Wertschwankungen des Aktienportefeuilles.

Die Kasse hat insgesamt 23,6 % ihres Vermögens auf Zeitwertbasis in Aktien, sonstigen nicht festverzinslichen Anlagen und Beteiligungen investiert. Dabei werden Aktien nicht direkt, sondern nur über Fonds gehalten. Im Jahr 2013 war ein Teil des Aktienbestandes im Rahmen einer Overlay-Strategie durch derivative Sicherungsmaßnahmen abgesi-

chert. Der DRS 20 Anl. 2 sieht als Pflichtangabe für den Bereich Aktien einen wesentlichen simulierten Kursverlust auf den Zeitwert der Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren vor. Nachfolgende Tabelle zeigt die Auswirkungen eines 20 %igen Kurswertverlustes auf den Zeitwert. Eine vergleichbare Wertsicherungsstrategie wurde auch für das Jahr 2014 umgesetzt.

Stresstest Aktienbestände, nicht festverzinsliche Wertpapiere und Beteiligungen	Gesamt	
	in Mio. €	in % der KA
Zeitwert	1.542	23,6
Wertverlust durch 20 %igen Kursverfall (inkl. Absicherung)	308	4,7
Zeitwert nach Wertverlust	1.234	18,9

Zinsänderungsrisiken

Die Kasse hat zum 31. Dezember 2013 67,0 % ihres Vermögens auf Zeitwertbasis in Zinstiteln investiert. Die Kasse hält auf Basis von Zeitwerten 40,8 % der festverzinslichen Wertpapiere und Ausleihungen im Direktbestand und 26,2 % innerhalb eines Dach-Masterfonds. Für den Fall deutlich ansteigender Zinsen ist die Kasse kurzfristig nicht unerheblichen Wertänderungsrisiken bei Zinstiteln ausgesetzt, die sich in einer Reduktion von Bewertungsreserven bis hin zu erforderlichen Abschreibungen auswirken können. Auch die Wiedieranlagezinsen haben erheblichen Einfluss auf die zukünftige Geschäftsentwicklung der Kasse. Sollte das Zinsniveau auf dem gegenwärtig niedrigen Niveau bleiben, können neu zufließende Mittel und die Wiedieranlage auslaufender Wertpapiere nur zu niedrigeren Zinssätzen als in der Vergangenheit angelegt werden. In diesem Szenario sinkt die Durchschnittsverzinsung im Bestand kontinuierlich. Die näherungsweise über die Duration ermittelte Auswirkung einer simulierten Verschiebung der Zinskurve um einen Prozentpunkt nach oben oder nach unten auf den Zeitwert der festverzinslichen Wertpapiere und Ausleihungen finden sich in der nachfolgenden Tabelle:

Stresstest Zinsträgerbestand	Gesamt	
	in Mio. €	in % der KA
Zeitwert	4.372	67,0
Wertverlust durch Zinsanstieg um 1 %-Punkt	302	4,6
Zeitwert nach Wertverlust	4.070	62,4
Zeitwertzuwachs durch Zinsabfall um 1 %-Punkt	302	4,6
Zeitwert nach Wertzuwachs	4.673	71,6

Währungsrisiko

Währungsrisiken sind Folge von Wechselkursschwankungen, die zu Zeitwertverlusten führen können. Da alle Verpflichtungen der Verbände in Euro zu leisten sind, wird das Kapital zur Begrenzung von Währungsrisiken überwiegend im Euroraum angelegt.

Immobilienrisiko

Aus Gründen der Mischung und Streuung sowie der Generierung von relativ stabilen und teilweise inflationsgeschützten Erträgen gehören Immobilien zum Anlageuniversum der Kasse. Die gesamte Immobilienanlage teilt sich auf den Immobiliendirektbestand und Immobilienfonds auf, welche sowohl im Masterfonds integriert sind, als auch direkt gehalten werden. Der Zeitwert des Immobilienbestandes der KZVK beträgt 523,9 Mio. € und macht 8,0 % des Gesamtbestandes aus. Risiken ergeben sich aus der Möglichkeit negativer Marktwertveränderungen, höherer Kosten durch vermehrten Aufwand für Instandhaltung sowie sinkender Mieterträge etwa in Folge zunehmender Leerstände. Die KZVK begegnet diesen Risiken vor allem durch die Ausrichtung des Immobilienportfolios an Wohnimmobilien mit stabilen Erträgen und geringen Leerstandsquoten. Im Gegenzug wird der Anteil an gewerblich genutzten Immobilien, wo Mieterträge tendenziell stärker schwanken, bewusst klein gehalten.

Bonitätsrisiko

Das Bonitätsrisiko umfasst das Risiko eines (Teil-)Ausfalls der Zahlungsverpflichtung eines Schuldners. Festverzinsliche Wertpapiere und sonstige Ausleihungen sind diesem Risiko ausgesetzt. Die KZVK begegnet diesen Risiken durch eine gezielte Steuerung der Verteilung der gesamten festverzinslichen Anlage auf Ratingklassen, wobei zur Ermittlung auf Ratings internationaler Agenturen zurückgegriffen bzw. eine eigene Klassifizierung vorgenommen wird, wo diese nicht zur Verfügung stehen. Zur Risikostreuung werden die Gesamtengagements pro Einzelemittent begrenzt, laufend überwacht und monatlich berichtet.

Die Kasse hält auf Zeitwertbasis 88,6 % ihrer Zinspapiere im Investment Grade Bereich. Das macht 58,6 % der gesamten Kapitalanlagen aus. In den unten stehenden Tabellen ist auf Zeitwertbasis die Verteilung der Zinspapiere nach externen Ratingklassen sowie nach Schuldnergruppen bzw. Art der Emittenten aufgeführt:

Bonität nach Ratingklassen	Gesamt	
	in Mio. €	in % der KA
Investment Grade (AAA-BBB)	3.826	58,6
Non Investment Grade (BB-B)	477	7,3
Non Investment Grade (CCC-D)	13	0,2
Not rated	3	0,0
Gesamt	4.319	66,2

Darstellung nach Schuldnergruppen bzw. Art der Emittenten:

Übersicht Schuldnergruppen	Gesamt	
	in Mio. €	in % der KA
Staatsanleihen	416	6,4
staatsnahe/staatlich garantierte Zinsträger	1.059	16,2
verbriefte/gesicherte Zinsträger	412	6,3
Unternehmensanleihen	2.432	37,3
Gesamt	4.319	66,2

Liquiditätsrisiko

Das Liquiditätsrisiko ist definiert als das Risiko, die fälligen Verpflichtungen nicht jederzeit (fristgerecht) und uneingeschränkt begleichen zu können. Es entsteht durch Auszahlungsverpflichtungen oder den Ausfall von geplanten Einnahmen. Die Planung und Überwachung der Liquidität erfolgt in den Bereichen Bilanzen/Rechnungswesen und Unternehmensplanung/Controlling (UPC). Im Rechnungswesen wird die kurzfristige Liquidität gesteuert, UPC prüft und überwacht die Auswirkungen der laufenden Anlageplanung auf die Liquiditätssituation und das Anlagerisikomanagement und analysiert das langfristige Liquiditätsrisiko für den Fall illiquider Märkte im Rahmen der Aktiv-Passiv-Steuerung. Die Kasse unterhält eine angemessene Liquiditätsreserve, die in der Regel einen Drei-Monats-Bedarf für die Kassenleistungen nicht übersteigen soll. Sie berücksichtigt hierfür systematisch und vorausschauend Fristigkeiten und Höhen sämtlicher Einnahmen und Ausgaben und passt im Falle von Steuerungsbedarf die Disposition der Kapitalanlage diesem Ziel entsprechend an.

Die Liquiditätssituation der Kasse weist ein hohes Sicherheitsniveau aus. Wesentlich ist die insgesamt hohe Überdeckung von Beitragseinnahmen und planmäßigen Kapitalrückflüssen gegenüber den derzeit anstehenden Leistungsverpflichtungen, die auch in kommenden Jahren bestehen wird. Auch im geschlossenen Verband S, der zwar über keine Neubeträge, dafür aber über Zuflüsse aus Sanierungsgeld verfügt, ergäben sich selbst in einem der Finanzmarktkrise 2008 vergleichbaren Marktumfeld infolge der Höhe der regulären Kapitalrückflüsse keine Liquiditätsengpässe. Im Versicherungsgeschäft weist die Höhe der Zahlungsströme eine hohe Planungssicherheit aus, da die Beitragseinnahmen im Wesentlichen keinen nennenswerten Stornorisiken ausgesetzt sind und die Leistungsverpflichtungen aus vergleichsweise gut planbaren und stabilen demographischen Einflüssen resultieren.

Unter operationalen Risiken werden die Risiken von Verlusten aufgrund unzulänglicher oder fehlgeschlagener interner Prozesse aufgrund mitarbeiter- und systembedingter oder aber externer Vorfälle verstanden. Die Analyse und Überwachung obliegt sowohl dem Risikomanagement als auch der Internen Revision. Im Jahr 2013 wurde eine Aktualisierung des Notfallplans durchgeführt. Dabei geht es im Rahmen des Notfallmanagements um präventive Planung und vorbeugende Maßnahmen, um im Notfall (z. B. Ausfall des Gebäudes, von technischen Systemen, von Mitarbeitenden) über effektive Leitlinien zur Wiederherstellung der wesentlichen Prozesse und Abläufe zu verfügen. Zusätzlich wurde 2013 eine allgemeine Leitlinie zum Umgang in/mit Notfällen erstellt, um schnell und angemessen agieren zu können.

Operationale Risiken

IT-Risiko

Wesentliche operationelle Risiken sind ein langandauernder Ausfall der EDV und/oder ein teilweiser oder vollständiger Datenverlust. Die Kasse verfügt zusammen mit der VKPB über ein eigenes Rechenzentrum, welches sich im 1. Stock des gemeinsam genutzten Bürogebäudes befindet. Es ist mit der üblichen Sicherheitstechnik (Firewall, Löschanlage, Notstromversorgung, ...) ausgestattet. Ein Backup-Raum befindet sich im separaten Brandabschnitt und beinhaltet eine asynchrone Spiegelung der Freigaben sowie Sicherung der Daten. Datensicherungen finden täglich statt. Einmal wöchentlich werden Sicherungsbänder in ein Bankschließfach ausgelagert.

Aufgrund einer Kooperation mit dem KVBW liegen wichtige Anwendungen und große Datenbestände im Rechenzentrum des Dienstleisters KIVBF. Allerdings erfolgt die Arbeit im KVBW-System über die Client-Server-Struktur der Kasse, so dass auch hier ein Leitungsausfall eine vorübergehende operative Unterbrechung bedeuten würde. Der KVBW verfügt über eine leistungsfähige Sicherheitsstruktur (redundante Datenhaltung, Ausweich-Rechenzentrum usw.).

Ein Großteil der Daten zu Kapitalanlagebeständen ist in der Master-KAG unabhängig von der eigenen Datenerfassung gedoppelt und könnte im Falle eines internen Datenausfalls zeitnah rekonstruiert werden.

Rechtliche Risiken

Die wesentlichen Rechtsrisiken betreffen Finanzierungsfragen der Kasse. Hier sind zwei Komponenten zu nennen. Zum einen handelt es sich um Rechtsstreitigkeiten bezüglich der Geltendmachung von Ausgleichsbeträgen bei Kündigungen des Beteiligungsverhältnisses durch diakonische Arbeitgeber, zum anderen um Streitigkeiten über die Rechtmäßigkeit der Erhebung des Sanierungsgeldes.

Ausgleichsbeträge

Derzeit sind 4 Prozesse auf Zahlung eines Ausgleichsbetrages anhängig (Stand 31.12.2013). Drei dieser Verfahren betreffen Klagen, welche auf Vorschriften zur Erhebung eines Ausgleichsbetrages gestützt werden, die auf einer alten Fassung der Satzung der Kasse beruhen; ein Verfahren wird auf die neuen Vorschriften gestützt.

Es bestehen Risiken, dass die Prozesse, die auf altem Satzungsrecht beruhen, für die Kasse verloren gehen. Allerdings kann von den ausgeschiedenen Beteiligten auch dann noch ein Ausgleichsbetrag nach neuem Satzungsrecht gefordert werden. Die Kasse würde von dieser Möglichkeit Gebrauch machen.

Sanierungsgeld

Rechtliche und damit wirtschaftliche Risiken bestehen hinsichtlich der Erhebung des Sanierungsgeldes. Die Kasse hat gegen vier säumige Beteiligte Klagen u. a. vor dem Landgericht Schwerin auf Zahlung des Sanierungsgeldes für die Abrechnungsjahre 2009 und 2010 erhoben (Stand 31.12.2013). Über 500 Beteiligte haben sich Ende des vergangenen Jahres mit der Rückforderung des Sanierungsgelds für das Jahr 2009 und spätere Jahre an die Kasse gewandt. Die Kasse hat dies in allen Fällen abgelehnt und angeboten, den Verlauf des Verfahrens vor dem Landgericht Schwerin abzuwarten. Sie hat hierbei bezüglich später ggf. noch gerichtlich geltend zu machender Rückzahlungsbegehren erklärt, auf die Einrede der Verjährung zu verzichten. Gleichwohl haben einige Beteiligte bekundet, Klage auf Rückzahlung des Sanierungsgeldes in 2014 erheben zu wollen.

Prognosebericht

Konjunktur im Jahr 2014

Die Konsensschätzungen gehen von einer weiteren konjunkturellen Belebung in 2014 aus. Danach sollte sich in den USA der wirtschaftliche Aufschwung, getragen von einer weiterhin expansiven Geldpolitik und nicht zuletzt aufgrund billiger Energiepreise, weiter stabilisieren. Das reale Bruttoinlandsprodukt (BIP) wird in 2014 mit +2,8 % leicht oberhalb des Potentialwachstums erwartet. Auch Europa sollte sich weiter aus der Rezession herausarbeiten, wobei das Wachstum aufgrund der Sparbemühungen mit geschätzten +1 % weiterhin schwach bliebe. Die Bedeutung Chinas wird auch in 2014 weiter zunehmen. Jedoch kämpft die zweitgrößte Volkswirtschaft der Welt mit strukturellen Problemen, wie z. B. dem Schattenbankensystem. Hier liegen die Wachstumsschätzungen bei immer noch beachtlichen 7,5 %. Mit Devisenreserven von mehr als 3 Billionen USD besitzt China jedoch genügend Handlungsspielraum, um im Falle einer wirtschaftlichen Abschwächung entschlossen einzugreifen. Im Zuge einer sich weltweit erholenden Konjunktur dürften auch die Schwellenländer die Wachstumsdelle überwinden. Insgesamt könnte nach Einschätzung des IWF das weltweite BIP in 2014 um rund 3,6 % zulegen.

Entwicklung der Gesamtwirtschaft und der Kapitalmärkte

Rentenmärkte im Jahr 2014

Im Zuge einer weiteren Erholung der US-Wirtschaft dürfte die FED die extrem expansive Geldpolitik weiter zurückführen. Dies sollte den erwarteten Trend weiter steigender Zinsen moderieren oder ihm gar entgegen wirken. Dabei bleibt das Zinssteigerungspotential nach oben hin, solange die Leitzinsen – wie angekündigt – bis 2015 unverändert bleiben, begrenzt. Dies gilt so auch für den Euroraum. In diesem Umfeld dürften bei Staatsanleihen Kursverluste durch Zinserträge kaum auszugleichen sein. Auch bei risikoreicheren Unternehmensanleihen sind die Bonitätsaufschläge deutlich abgeschmolzen. Entsprechend reichen schon leichtere Zinsanstiege und/oder geringe Ausweitungen der Bonitätsaufschläge aus, um in einer negativen Gesamttrendite zu resultieren.

Aktienmärkte im Jahr 2014

Nach dem fulminanten Jahr 2013 scheinen die Chancen auf weitere Kursgewinne auch an den Aktienmärkten nunmehr nur noch eingeschränkt vorhanden. Aus der reinen Ertragssicht erscheinen Aktien bei Dividendenrenditen von rund 3,25 % relativ zu Zinstiteln weiterhin attraktiv.

Ausblick auf die Entwicklung der Kasse

Als Basis für die Prognosen zur Entwicklung der Kasse werden unterschiedliche Instrumente eingesetzt. Die langfristig strategische Entwicklung der Kasse wird durch eine jährlich erstellte Asset-Liability-Management-Studie beurteilt und gesteuert. Für den Bereich kürzerer Planungshorizonte wird diese durch Kapitalanlage- und Liquiditätsplanungen ergänzt. Von der Planung abweichende Entwicklungen sind permanent auf Basis der monatlichen Berichterstattung im Fokus.

Versicherungsgeschäft

Die Zahl der Beteiligten der Kasse ist seit Jahren nahezu stabil und sollte sich auch in 2014 nur durch mögliche weitere Unternehmensumstrukturierungen in Kirche und Diakonie marginal verändern. Für die Versicherungsverhältnisse ist eine differenzierte Entwicklung zu erwarten. Weiter stark wachsen wird die Zahl der beitragsfrei Versicherten. Auch der Bestand an Pflichtversicherungen sollte im Kontext mit der allgemeinen Entwicklung im Gesundheitswesen und deren Einfluss auf die Beschäftigungssituation im diakonischen Bereich weiter leicht anwachsen. Im Bereich der Freiwilligen Versicherung gehen wir für den neuen Tarif 2012 von einem moderaten Wachstum aus, während sich der geschlossene Tarif 2001 im Wesentlichen nur noch durch den Beginn der Leistungsphase verändern sollte. Diese Veränderungen im Bereich der Versicherungsverhältnisse werden in Verbindung mit einer zu erwartenden Anpassung der Entgelte und dem Zufluss weiterer satzungsgemäßer Erträge zu einem weiteren leichten Anwachsen der Beiträge führen.

Auch im Bereich der Betriebsrenten wird sich der kontinuierliche Zuwachs an Leistungsempfängern weiter fortsetzen. Getrieben durch diese Zugänge und in Verbindung mit der Anpassung der Renten in Höhe von einem Prozent zum 1. Juli eines jeden Jahres werden die Aufwendungen für Versicherungsfälle planmäßig anwachsen.

Vermögensentwicklung

Durch den Zufluss von Beiträgen und den geringeren Abfluss von Rentenleistungen in Verbindung mit einem Überschuss aus der Kapitalanlagetätigkeit werden die Kapitalanlagen insgesamt weiter kontinuierlich anwachsen. Dies steht unter der Annahme, dass sich die Kapitalmärkte nicht deutlich negativ entwickeln. Bei der Bemessung der Deckungsrückstellung sind aus heutiger Sicht keine Sonderfaktoren zu berücksichtigen. Das Jahresergebnis 2013 war durch überdurchschnittliche Kapitalerträge begünstigt. Unter der Annahme, dass sich die Kapitalerträge in 2014 wieder näher am Rechnungszins bewegen, erwarten wir für 2014 wieder ein deutlich positives aber niedrigeres Jahresergebnis als in 2013. Der Jahresüberschuss wird weiterhin wie

geplant für die kontinuierliche Reduzierung des nicht durch Eigenkapital gedeckten Fehlbetrages verwendet bzw. im Bereich der Freiwilligen Versicherung zur weiteren Dotierung der Verlustrücklage und der Rückstellung für Leistungsverbesserungen führen.

Seit dem 1. Januar 2014 sind keine Vorgänge von besonderer Bedeutung eingetreten, von denen wir einen wesentlichen Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Kasse erwarten.

Nachtragsbericht

Jahresabschluss

Bilanz zum 31. Dezember 2013

Gutachterliche Bestätigung des Verantwortlichen Aktuars

Gewinn- und Verlustrechnung

Bilanz zum 31. Dezember 2013

Aktivseite	31.12.2013	31.12.2012
	€	€
B. Immaterielle Vermögensgegenstände	881.080,91	635.599,00
I. Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	674.831,00	635.599,00
IV. Geleistete Anzahlungen	206.249,91	0,00
C. Kapitalanlagen	5.836.051.722,62	5.432.229.217,59
I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	245.741.022,71	257.943.788,40
II. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen	34.116.302,00	31.716.302,00
3. Beteiligungen	34.116.300,00	31.716.300,00
4. Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	2,00	2,00
III. Sonstige Kapitalanlagen	5.556.194.397,91	5.142.569.127,19
1. Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	2.980.321.901,21	2.822.111.883,41
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	1.339.655.412,58	1.116.145.445,41
3. Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen	242.279.914,33	248.245.966,99
4. Sonstige Ausleihungen	904.182.169,79	871.310.831,38
a) Namensschuldverschreibungen	448.391.559,37	424.000.000,00
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	455.410.610,42	446.930.831,38
c) Übrige Ausleihungen	380.000,00	380.000,00
5. Einlagen bei Kreditinstituten	84.625.000,00	84.625.000,00
6. Andere Kapitalanlagen	5.130.000,00	130.000,00
E. Forderungen	117.185.914,94	93.120.494,45
I. Forderungen aus dem Versicherungsgeschäft	99.289.501,71	92.015.517,05
1. Aus Beiträgen/Umlagen	98.818.057,66	89.518.836,83
2. Aus Überleitungen	369.540,64	2.200.601,13
3. Sonstige Forderungen aus dem Versicherungsgeschäft	101.903,41	296.079,09
IV. Sonstige Forderungen	17.896.413,23	1.104.977,40
1. Aus der Grundstücksverwaltung	14.029.629,47	322.762,62
2. Aus dem Darlehensbereich	406.677,53	369.968,15
3. Aus dem Verwaltungs- und Vermögensbereich	3.460.106,23	412.246,63
F. Sonstige Vermögensgegenstände	125.599.582,88	134.418.577,13
I. Sachanlagen und Vorräte	1.211.601,80	6.065.755,91
1. Sachanlagen	1.186.776,00	1.064.813,50
2. Vorräte	24.825,80	5.000.942,41
II. Laufende Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks und Kassenbestand	103.468.043,58	126.624.685,95
III. Andere Vermögensgegenstände	20.919.937,50	1.728.135,27
G. Rechnungsabgrenzungsposten	65.885.129,94	71.403.662,24
I. Abgegrenzte Zinsen und Mieten	56.331.262,05	52.610.538,84
II. Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten	9.553.867,89	18.793.123,40
K. Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	1.265.850.450,16	1.359.224.384,02
Summe der Aktiva	7.411.453.881,45	7.091.031.934,43

Die Gliederung der Bilanz erfolgt nach dem Formblatt der RechVersV. Positionen mit einem Wert von 0 € werden nicht dargestellt.

Passivseite	31.12.2013	31.12.2012
	€	€
A. Eigenkapital	3.028.992,11	2.443.095,48
III. Verlustrücklage gemäß § 57 der Satzung	3.028.992,11	2.443.095,48
E. Versicherungstechnische Rückstellungen	7.373.374.061,00	7.050.478.853,00
II. Deckungsrückstellung	7.372.093.821,00	7.050.478.853,00
VI. Sonstige versicherungstechnische Rückstellungen	1.280.240,00	0,00
G. Andere Rückstellungen	15.156.191,80	18.883.364,96
I. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	1.586.572,91	3.017.277,15
III. Sonstige Rückstellungen	13.569.618,89	15.866.087,81
I. Andere Verbindlichkeiten	19.815.730,67	19.092.908,05
I. Verbindlichkeiten aus dem Versicherungsgeschäft	2.194.009,14	1.529.844,82
1. Aus noch abzurechnenden Überleitungen	2.113.814,60	1.445.330,62
2. Sonstige Verbindlichkeiten aus dem Versicherungsgeschäft	80.194,54	84.514,20
IV. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	8.439.270,98	8.562.495,30
V. Sonstige Verbindlichkeiten	9.182.450,55	9.000.567,93
1. Aus der Grundstücksverwaltung	8.238.561,42	8.225.518,07
2. Aus dem Darlehensbereich	184.324,20	254.282,83
3. Aus dem Verwaltungs- und Vermögensbereich	759.564,93	520.767,03
Davon noch abzuführende Lohn- und Kirchensteuer	120.174,87	113.487,04
K. Rechnungsabgrenzungsposten	78.905,87	133.712,94
Summe der Passiva	7.411.453.881,45	7.091.031.934,43

Gutachterliche Bestätigung des Verantwortlichen Aktuars

Die Finanzlage der KZVK wurde vom Verantwortlichen Aktuar auf die dauernde Erfüllbarkeit der eingegangenen Verpflichtungen hin überprüft.

Eine dauernde Erfüllbarkeit der eingegangenen Verpflichtungen ist aus Sicht des Verantwortlichen Aktuars – unter Berücksichtigung der umgesetzten und fortzuführenden Sanierungs- und Konsolidierungsmaßnahmen – nach derzeitigem Stand sichergestellt.

Köln, den 24. März 2014

Der Verantwortliche Aktuar

Dr. Thomas Gau
(Diplom-Mathematiker)

Gewinn- und Verlustrechnung

1. Januar bis 31. Dezember 2013

	2013	2012
	€	€
I. Versicherungstechnische Rechnung		
1. Beiträge und sonstige satzungsmäßige Erträge	371.483.701,84	357.590.621,21
a) Aus Beiträgen (Umlagen) Pflichtversicherung	258.056.952,07	246.679.823,33
b) Aus Beitragsüberleitungen	20.562.820,01	19.959.057,70
c) Aus anderen satzungsmäßigen Erträgen	79.852.302,94	78.192.102,74
d) Aus Freiwilliger Versicherung	13.011.626,82	12.759.637,44
2. Erträge aus Kapitalanlagen	330.980.696,39	295.349.529,82
a) Erträge aus Beteiligungen	1.530.000,00	1.495.800,00
b) Erträge aus anderen Kapitalanlagen	306.830.713,49	239.072.816,84
aa) Erträge aus Grundstücken, grundstücksgleichen Rechten und Bauten einschließlich Bauten auf fremden Grundstücken	28.394.601,31	25.497.079,16
bb) Erträge aus anderen Kapitalanlagen	278.436.112,18	213.575.737,68
c) Erträge aus Zuschreibungen	3.614.166,60	3.877.735,76
d) Gewinne aus dem Abgang von Kapitalanlagen	19.005.816,30	50.903.177,22
6. Aufwendungen für Versicherungsfälle	256.548.080,15	248.117.176,21
a) Alters- und Erwerbsminderungsrenten	213.688.386,24	208.851.680,57
b) Hinterbliebenenrenten	14.354.144,00	13.829.103,89
c) Abfindungen	108.053,39	99.815,92
d) Versorgungsausgleich	264.099,89	252.939,07
e) Beitragsüberleitungen	25.356.398,25	19.818.440,71
f) Andere satzungsmäßige Aufwendungen	73.961,33	2.596.550,33
g) Regulierungsaufwendungen	2.703.037,05	2.668.645,72
7. Veränderung der versicherungstechnischen Rückstellungen	321.617.708,00	298.101.742,00
a) Deckungsrückstellung	321.614.968,00	298.101.742,00
b) Rückstellung für Leistungsverbesserung	2.740,00	0,00
9. Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb	4.103.628,32	3.902.895,79
10. Aufwendungen für Kapitalanlagen	25.772.637,09	29.826.105,92
a) Für die Verwaltung von Kapitalanlagen	13.918.093,68	13.272.212,66
b) Aus Abschreibungen auf Kapitalanlagen	11.745.113,37	16.339.570,29
c) Verluste aus dem Abgang von Kapitalanlagen	109.430,04	214.322,97
12. Sonstige versicherungstechnische Aufwendungen	59.208,30	58.622,10
13. Versicherungstechnisches Ergebnis	94.363.136,37	72.933.609,01
II. Nichtversicherungstechnische Rechnung		
1. Sonstige Erträge	70.132,89	421.629,11
2. Sonstige Aufwendungen	473.438,77	482.554,29
3. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit	93.959.830,49	72.872.683,83
4. Außerordentliche Erträge	0,00	17.856,03
5. Außerordentliche Aufwendungen	0,00	3.434,94
6. Außerordentliches Ergebnis	0,00	14.421,09
11. Jahresüberschuss	93.959.830,49	72.887.104,92
12. Einstellung in die Verlustrücklage gemäß § 57 der Satzung	585.896,63	1.586.754,11
13. Verrechnung mit dem nicht durch Eigenkapital gedeckten Fehlbetrag	93.373.933,86	71.300.350,81
Bilanzverlust	0,00	0,00

Die Gliederung der Gewinn- und Verlustrechnung erfolgt nach dem Formblatt der RechVersV. Positionen mit einem Wert von 0 € werden nicht dargestellt.

Anhang

Allgemeine Angaben und Erläuterungen zum Jahresabschluss
Erläuterungen zur Bilanz
Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung
Organe

Allgemeine Angaben und Erläuterungen zum Jahresabschluss

Allgemeine Angaben

Die Gliederung des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2013 erfolgte entsprechend den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und gemäß den Formvorschriften (Formblätter) der Verordnung über die Rechnungslegung von Versicherungsunternehmen (RechVersV).

Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Die Bewertung der im Jahresabschluss zum 31. Dezember 2013 ausgewiesenen Vermögensgegenstände und Schulden erfolgt vollständig nach handelsrechtlichen Vorschriften und unter Berücksichtigung der für Versicherungsunternehmen geltenden Regelungen.

Aktivseite	
Bilanzposten	Bewertung
B. Immaterielle Vermögensgegenstände	Anschaffungs- oder Herstellungskosten, vermindert um die planmäßigen Abschreibungen bzw. niedrigerer beizulegender Wert
C. Kapitalanlagen	
I. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	Anschaffungs- oder Herstellungskosten, vermindert um die planmäßigen Abschreibungen bzw. niedrigerer beizulegender Wert; Auf alle bebauten Grundstücke werden lineare Abschreibungen über die Restnutzungsdauer vorgenommen, wobei die planmäßige Nutzungsdauer bei Wohnbauten 80 Jahre und bei Geschäftsbauten 50 Jahre beträgt.
II. Kapitalanlagen in verbundene Unternehmen und Beteiligungen	Anschaffungskosten bzw. niedrigerer beizulegender Wert
III. Sonstige Kapitalanlagen	
1. Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	Anschaffungskosten bzw. niedrigerer beizulegender Wert nach § 341 b Abs. 2 HGB i. V. m. § 253 Abs. 3 HGB (Anlagevermögen) Voraussichtlich dauerhafte Wertminderungen werden in Anlehnung an die im IDW RS VFA 2 sowie in der 176. Sitzung des VFA festgelegten Kriterien bestimmt.
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	Anschaffungskosten bzw. niedrigerer beizulegender Wert nach § 341 b Abs. 2 HGB i. V. m. § 253 Abs. 3 HGB (Anlagevermögen) Voraussichtlich dauerhafte Wertminderungen werden in Anlehnung an die im IDW RS VFA 2 sowie in der 176. Sitzung des VFA festgelegten Kriterien bestimmt.
3. Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen	Nennbetrag abzüglich Tilgungen, Einzel- und Pauschalwertberichtigungen
4. Sonstige Ausleihungen	Nominalbeträge abzüglich eventueller Tilgungen; bei erworbenen Schuldscheindarlehen Anschaffungskosten abzüglich der Amortisierung von Agios
5. Einlagen bei Kreditinstituten	Nominalbeträge
6. Andere Kapitalanlagen	Nominalbeträge

Aktivseite	
Bilanzposten	Bewertung
E. Forderungen	
I. Forderungen aus dem Versicherungsgeschäft	Nominalbeträge abzüglich Wertberichtigungen
IV. Sonstige Forderungen	Nominalbeträge abzüglich Wertberichtigungen
F. Sonstige Vermögensgegenstände	
I. Sachanlagen und Vorräte	Anschaffungs- oder Herstellungskosten, vermindert um die planmäßigen Abschreibungen bzw. niedrigerer beizulegender Wert
II. Laufende Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks und Kassenbestand	Nennwerte
III. Andere Vermögensgegenstände	Nominalbeträge
G. Rechnungsabgrenzungsposten	
I. Abgegrenzte Zinsen und Mieten	Nominalbeträge
II. Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten	Nominalbeträge; Agiobeträge auf Namensschuldverschreibungen werden linear über die Wertpapierlaufzeit amortisiert

Passivseite	
Bilanzposten	Bewertung
A. Eigenkapital	
Satzungsgemäße Einstellung in die Verlustrücklage auf Basis versicherungsmathematischer Berechnungen	
E. Versicherungstechnische Rückstellungen	
II. Deckungsrückstellung	Bewertung nach versicherungsmathematischen Grundsätzen (vgl. Erläuterungen zur Bilanz)
VI. Sonstige versicherungstechnische Rückstellungen	Die Rückstellung für Leistungsverbesserung wird gemäß dem Vorschlag des Verantwortlichen Aktuars gebildet, die Bewertung der übrigen versicherungstechnischen Rückstellungen erfolgt nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung.
G. Andere Rückstellungen	
I. Rückstellung für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	Projected Unit Credit-Methode unter Verwendung eines Rechnungszinses von 4,88 %, Anwendung der Richttafeln 2005 G mit 20 Jahren Generationenverschiebung und 90 % Rentnersterblichkeit, Berücksichtigung künftiger Gehalts- und Rententrends durch eine jährliche Dynamik von 2 % sowie einer Fluktuation von 1 % p. a.
III. Sonstige Rückstellungen	Bewertung nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung. Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr werden gemäß den Vorschriften des § 253 Abs. 2 HGB abgezinst.
I. Andere Verbindlichkeiten	
Rückzahlungsbetrag	
K. Rechnungsabgrenzungsposten	
Nominalbeträge; Disagiobeträge werden arithmetisch-degressiv über die Laufzeit amortisiert.	

Änderung in den Bilanzierungs- und Bewertungsgrundlagen

Anders als in Vorjahren werden die für den Monat Januar des Folgejahres vorausgezählten Rentenleistungen unter den sonstigen Vermögensgegenständen statt unter den Aktiven Rechnungsabgrenzungsposten ausgewiesen. In den Bewertungsgrundlagen haben sich im Berichtsjahr keine wesentlichen Änderungen ergeben.

Sonstige Angaben

Die Mitarbeitenden der Kasse erhalten eine betriebliche Altersversorgung in Form einer zusätzlichen Rente auf Basis der kirchlichen Regelungen für die Zusatzversorgung. Dabei handelt es sich um eine beitragsorientierte Leistungszusage, bei der die Beiträge in der Vergangenheit vollständig durch die Kasse als Arbeitgeber gezahlt wurden. Seit dem 1. Juni 2012 wird aufgrund tarifvertraglicher Regelungen indes ein Eigenanteil von den Arbeitnehmern erhoben. Die Kasse ist zu diesem Zweck bei der Kirchlichen Zusatzversorgungskasse Rheinland-Westfalen (KZVK) – also bei sich selbst – beteiligt, um auf Basis der eingezahlten Beiträge die zugesagte Leistung zu erbringen. Die Höhe der Beiträge orientiert sich für jeden Mitarbeitenden an dessen zusatzversorgungspflichtigem Entgelt nach den Satzungsregelungen der KZVK. Auf Basis dieses zusatzversorgungspflichtigen Entgelts ist ein Beitrag von 4,8 % zu entrichten, an dem seit dem 1. Juni 2012 jeder Arbeitnehmer mit einem Eigenanteil von 0,3 Prozentpunkten beteiligt wird. Für das Jahr 2013 sind Beiträge in Höhe von 315 T€ gezahlt worden. Die Summe der zusatzversorgungspflichtigen Entgelte betrug 6.557 T€. Darüber hinaus wurde im Jahr 2013 Sanierungsgeld für das Erhebungsjahr 2012 in Höhe von 83 T€ gezahlt.

Angaben gemäß § 285 Nr. 1 HGB

Von den zum 31. Dezember 2013 ausgewiesenen Verbindlichkeiten haben insgesamt 7.800 T€ eine Restlaufzeit von mehr als 5 Jahren (Wohnungsbau-Förderdarlehen).

Angaben gemäß § 285 Nr. 3a und 27 HGB

Es bestehen Einzahlungsverpflichtungen aus den Private Equity Investments (»Commitments«) in Höhe von 26.113 T€ sowie Abnahmeverpflichtungen der Kasse aus einer im Bestand befindlichen Multitranchen in Höhe von 30.000 T€. Darüber hinaus existieren geringfügige sonstige finanzielle Verpflichtungen aus Dienstleistungsverträgen.

Angaben gemäß § 285 Nr. 9 HGB

Die Kasse macht von dem Wahlrecht auf Unterlassen der Angabe über Bezüge des Vorstandes und dessen ehemaligen Mitgliedern gemäß der Schutzklausel des § 286 Abs. 4 HGB Gebrauch.

Angaben gemäß § 285 Nr. 17 HGB

Im Berichtsjahr sind der Kasse Aufwendungen durch den Abschlussprüfer Ernst & Young GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Köln in Höhe von 89 T€ entstanden, die das voraussichtliche Honorar (inkl. Reisekosten und Umsatzsteuer) für die Jahresabschlussprüfung 2013

betreffen.

Angaben gemäß § 285 Nr. 21 HGB

Wesentliche Geschäftsbeziehungen zu nahestehenden Personen bestehen lediglich gegenüber der Gemeinsamen Versorgungskasse für Pfarrer und Kirchenbeamte (VKPB), Dortmund. Beide Kassen stehen unter der Leitung personenidentischer Vorstände und bedienen sich hinsichtlich der übergeordneten Verwaltungsfunktionen der Mitarbeitenden, die in Personalunion für beide Kassen zuständig sind. Die hierfür anfallenden Verwaltungskosten werden zwischen beiden Kassen in einem angemessenen Verhältnis geteilt. Mit der VKPB wurden keine Geschäfte getätigt, die nicht zu marktüblichen Bedingungen zustande gekommen sind.

Angaben gemäß § 52 Nr. 1a RechVersV

Der Bilanzwert der von der Kasse im Rahmen ihrer Tätigkeit genutzten eigenen Grundstücke und Bauten beträgt 5.924 T€.

Erläuterungen zur Bilanz Aktivseite

Entwicklung der immateriellen Vermögensgegenstände im Geschäftsjahr 2013

	Bilanzwerte	Zugänge	Umbu- chungen	Zuschrei- bungen	Abgänge	Abschrei- bungen	Bilanzwerte
	01.01.2013						31.12.2013
	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€
B. Immaterielle Vermögensgegenstände	635,6	506,0	0,0	0,0	0,0	260,5	881,1
I. Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	635,6	299,7	0,0	0,0	0,0	260,5	674,8
IV. Geleistete Anzahlungen	0,0	206,2	0,0	0,0	0,0	0,0	206,2

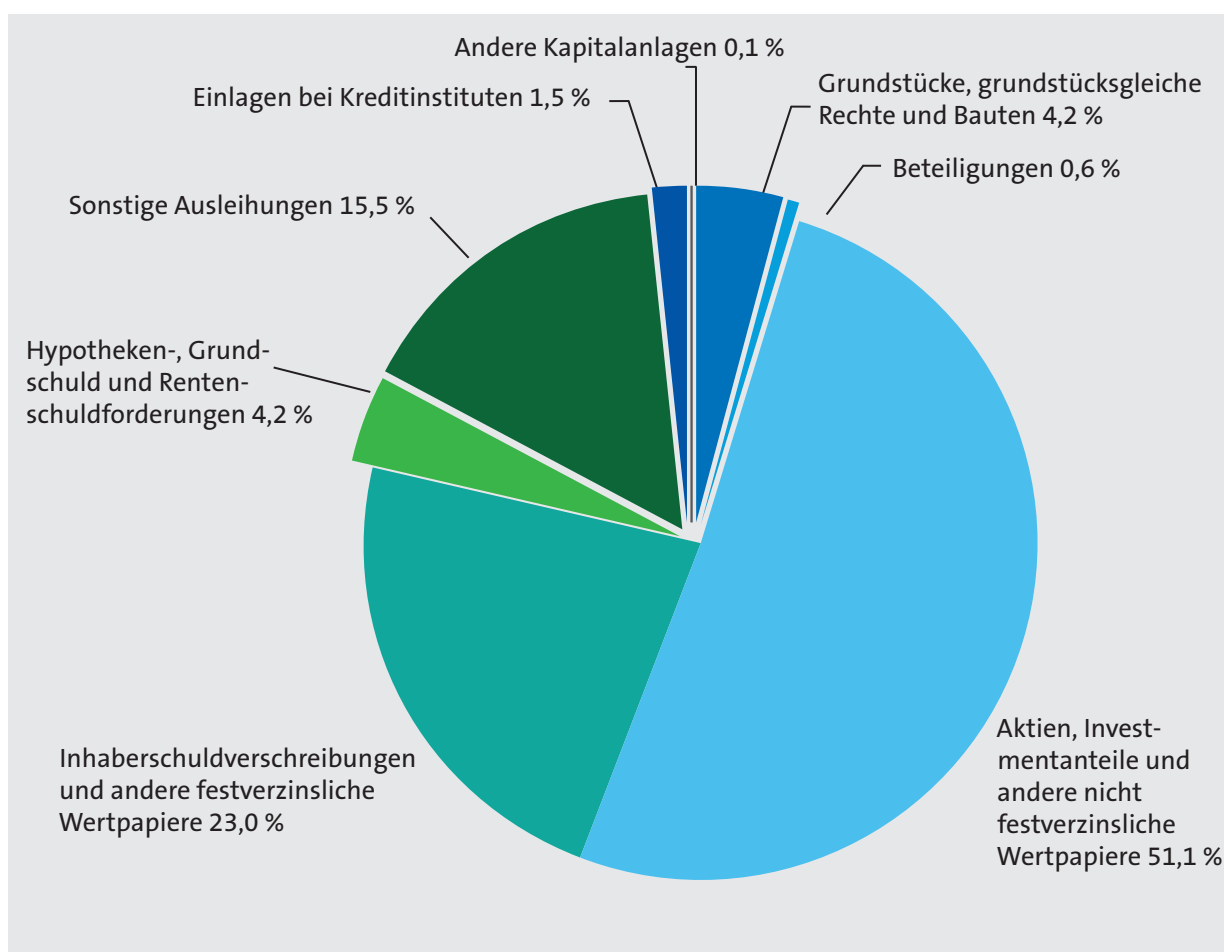
Entwicklung der Kapitalanlagen im Geschäftsjahr 2013

	Bilanzwerte	Zugänge	Umbu- chungen	Zuschrei- bungen	Abgänge	Abschrei- bungen	Bilanzwerte
	01.01.2013						31.12.2013
	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€
C I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	257.943,8	4.849,9	0,0	1.854,4	12.271,0	6.636,1	245.741,0
II. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen	31.716,3	8.340,0	0,0	0,0	5.940,0	0,0	34.116,3
3. Beteiligungen	31.716,3	8.340,0	0,0	0,0	5.940,0	0,0	34.116,3
4. Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
III. Sonstige Kapitalanlagen	5.142.569,1	795.099,2	0,0	179,5	376.971,3	4.682,1	5.556.194,4
1. Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	2.822.111,9	181.777,1	0,0	0,0	23.567,0	0,0	2.980.321,9
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	1.116.145,4	430.474,2	0,0	179,5	202.523,0	4.620,8	1.339.655,4
3. Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen	248.246,0	19.060,3	0,0	0,0	24.965,1	61,3	242.279,9
4. Sonstige Ausleihungen	871.310,8	163.787,6	-5.000,0	0,0	125.916,2	0,0	904.182,2
a) Namensschuldverschreibungen	424.000,0	99.391,6	0,0	0,0	75.000,0	0,0	448.391,6
b) Schuldscheindarlehen	446.930,8	64.396,0	-5.000,0	0,0	50.916,2	0,0	455.410,6
c) Übrige Ausleihungen	380,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	380,0
5. Einlagen bei Kreditinstituten	84.625,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	84.625,0
6. Andere Kapitalanlagen	130,0	0,0	5.000,0	0,0	0,0	0,0	5.130,0
Insgesamt	5.432.229,2	808.289,1	0,0	2.033,9	395.182,3	11.318,2	5.836.051,7

Die Zeitwerte für die Kapitalanlagen betragen zum Bewertungsstichtag für Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten 313.955 T€ und für alle anderen Kapitalanlagen 6.212.230 T€.

Die Kasse hält Anteile an inländischen Investmentvermögen mit einem Zeitwert von 3.415.229 T€, einem Buchwert von 2.980.322 T€ und Bewertungsreserven von 434.907 T€. Hierfür sind Ausschüttungen in Höhe von 173.031 T€ vereinnahmt worden.

Aufgliederung der Kapitalanlagen



Angaben gemäß § 285 Nr. 26 HGB

Name des Investmentvermögens	Herkunfts- staat	Buchwerte	Zeitwerte	Bewertungs- reserven	Ausschüt- tungen
		31.12.2013	31.12.2013	31.12.2013	2013
			T€	T€	T€
Gemischte Fonds					
MI-FONDS G11	Deutschland	1.599.732	1.940.297	340.565	102.787
MI-FONDS G12	Deutschland	1.155.972	1.240.441	84.469	62.780
MI-FONDS G13	Deutschland	52.885	56.588	3.703	2.269
Immobilienfonds					
DEFO-Immobilienfonds 1	Deutschland	138.940	138.869	-71	5.194

Die genannten Investmentanteile an den MI-FONDS unterliegen hinsichtlich der Möglichkeit ihrer täglichen Rückgabe keinen vertraglichen Beschränkungen. Die Rückgabe von Anteilen am DEFO-Immobilienfonds 1 im Gegenwert von mehr als 5 Mio. € ist nur mit mindestens sechsmonatiger Ankündigungsfrist möglich, wobei mehrere Rückgaben innerhalb eines Zeitraums von 24 Monaten grundsätzlich zusammengerechnet werden. Sofern die Ankündigungsfrist in diesen Fällen weniger als 24 Monate beträgt, werden zudem Rücknahmeabschlüsse zwischen 3 % und 9 % vorgenommen.

Bewertungsreserven

Die Bewertung aller Kapitalanlagen mit dem Börsen-/Marktpreis oder mit dem Zeitwert am Bilanzstichtag ergibt als Differenz zum Buchwert am Bilanzstichtag Bewertungsreserven in Höhe von 690.133 T€ (VJ: 853.661 T€). Auf der Grundlage der jeweiligen Bilanzierungsmethode enthalten einige Kapitalanlagen (v. a. festverzinsliche Wertpapiere, Schuldscheindarlehen und Hypotheken) negative Bewertungsreserven in Höhe von insgesamt 21.509 T€. Diese bestehen bei Positionen hoher Bonität, die bis zur Fälligkeit gehalten werden. Da sich die negativen Bewertungsreserven bis zur Fälligkeit wieder auflösen, werden diese Anlagen nicht auf den niedrigeren Wert abgeschrieben. Alle anderen Kapitalanlagen werden gemäß strengem Niederstwertprinzip bilanziert, auch wenn diese dem Anlagevermögen zugeordnet worden sind.

Angaben zum Zeitwert der Kapitalanlagen gemäß § 54 RechVersV

Aktivposten Position B I. bis B III.	Buchwerte	Zeitwerte	Bewertungsreserven	davon positiv	davon negativ
	31.12.2013	31.12.2013	31.12.2013	31.12.2013	31.12.2013
	T€	T€	T€	T€	T€
C I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich Bauten auf fremden Grundstücken	245.741,0	313.954,6	68.213,6	68.213,6	0,0
II. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen	34.116,3	45.816,4	11.700,1	11.700,1	0,0
III. Sonstige Kapitalanlagen	5.556.194,4	6.166.413,5	610.219,1	631.728,2	-21.509,1
1. Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	2.980.321,9	3.415.228,5	434.906,6	435.429,2	-522,6
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	1.339.655,4	1.431.852,2	92.196,8	95.495,8	-3.299,0
3. Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen	242.279,9	239.656,8	-2.623,2	3.679,0	-6.302,1
4. Sonstige Ausleihungen	904.182,2	988.313,5	84.131,4	93.810,3	-9.678,9
a) Namensschuldverschreibungen	448.391,6	491.889,9	43.498,3	49.060,5	-5.562,2
b) Schuldscheindarlehen	455.410,6	496.040,0	40.629,4	44.746,1	-4.116,7
c) Übrige Ausleihungen	380,0	383,6	3,6	3,6	0,0
5. Einlagen bei Kreditinstituten	84.625,0	87.939,0	3.314,0	3.314,0	0,0
6. Andere Kapitalanlagen	5.130,0	3.423,5	-1.706,5	0,0	-1.706,5
Insgesamt	5.836.051,7	6.526.184,5	690.132,8	711.641,9	-21.509,1

Auf Beschluss von Verwaltungsrat und Vorstand kann die Kasse gemäß § 153 des Versicherungsvertragsgesetzes (VVG) die Versicherten der Freiwilligen Versicherung an den Bewertungsreserven (Überschussbeteiligung) beteiligen, falls eine solche Beteiligung aus wirtschaftlichen Aspekten und aus Sicht des Verantwortlichen Aktuars möglich ist. Eine Beteiligung an den Bewertungsreserven erfolgt – vorbehaltlich der aufsichtsrechtlichen Regelungen zur Kapitalausstattung – bei Abfindung, Übertragung von Anwartschaften, bei Rentenbeginn und während der Rentenlaufzeit (Tarif 2012) auf Basis der Bilanzdaten des Vorjahres. Grundlage für die Ermittlung der Beteiligung ist ein sogenanntes verursachungsorientiertes Verfahren auf Basis von § 153 Abs. 3 VVG. Dabei werden die saldierten Bewertungsreserven zum Stichtag 31. Dezember des Geschäftsjahres für die Ermittlung des Bewertungsreserven-Anteils herangezogen. Im Rahmen des Verfahrens erfolgt eine allgemeine Zuordnung auf anspruchsberechtigte Verträge, eine individuelle Zuordnung innerhalb der anspruchsberechtigten Verträge und eine Überprüfung der für die Verteilung erforderlichen Kapitalausstattung. Bei Überprüfung der Kapitalausstattung ist zu beachten, dass trotz Auszahlung der Gesamtsumme der Zuteilungen an die für das Jahr prognostizierten zuteilungsberechtigten Versicherten die Bedeckung der Solvabilitätsspanne mit Eigenmitteln gewährleistet bleibt. Für den Fall, dass eine solche Bedeckung nicht mehr gegeben sein sollte, wären die zuteilungsfähigen Bewertungsreserven entsprechend zu kürzen. Des Weiteren ist mittels des jeweils aktuell geltenden BaFin-Stresstests das Bestehen sämtlicher Stresstests auch bei Berücksichtigung der Zuteilungen an die für das Jahr prognostizierten zuteilungsberechtigten Versicherten sicherzustellen (§ 153 Abs. 3 Satz 3 VVG). Bei einem negativen Ergebnis ist die Beteiligung an den Bewertungsreserven entsprechend zu vermindern. Die Beteiligung an den Bewertungsreserven erfolgt mit-

Beteiligungen an den Bewertungsreserven

tels Entnahme aus der Rückstellung für Leistungsverbesserungen oder durch Direktgutschrift. Obwohl die Bewertungsreserven des Verbandes F zum Bilanzstichtag am 31. Dezember 2013 zwar einen Saldo in Höhe von 11.526 T€ aufweisen und im Berichtsjahr zumindest für den neuen Tarif 2012 eine Rückstellung für Leistungsverbesserungen in Höhe von 3 T€ gebildet wurde, entfällt eine Beteiligung für dieses Geschäftsjahr, da eine den Solvabilitätsvorschriften entsprechende Eigenmittelbedeckung nicht besteht. Der Verantwortliche Aktuar kommt in seinem Bericht vom 24. März 2014 zu der Einschätzung, dass eine Beteiligung an den Überschüssen (Gewährung von Bonuspunkten) wie auch an den Bewertungsreserven aufgrund der vorrangig zu erfüllenden aufsichtsrechtlichen Anforderungen (Stresstest, Solvabilität) nicht in Betracht kommt.

G. Rechnungsabgrenzungsposten

I. Abgegrenzte Zinsen und Mieten

Die Bilanzposition beinhaltet zum Bilanzstichtag abgegrenzte Forderungen u. a. aus Wertpapieren, Schuldscheinen, Namensschuldverschreibungen, Sparbriefen, Festgeldern und sonstigen Zinsforderungen mit einem Gesamtvolumen von 56.331 T€ (VJ: 52.611 T€).

II. Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten

Es wurden insbesondere Agios (abzgl. kumulierter Amortisierung) in Höhe von 9.331 T€ (VJ: 73 T€) auf über Nennwert erworbene Namensschuldverschreibungen abgegrenzt.

K. Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag

Der nicht durch Eigenkapital gedeckte Fehlbetrag hat sich im Berichtsjahr wie folgt entwickelt:

Nicht durch EK gedeckter Fehlbetrag zum 31.12.2012	1.359.224 T€
Verrechnung von Jahresüberschüssen 2013	93.374 T€
Nicht durch EK gedeckter Fehlbetrag zum 31.12.2013	1.265.850 T€

Passivseite

A. Eigenkapital

III. Verlustrücklage

Auf Vorschlag des Verantwortlichen Aktuars ist im Hinblick auf eine Erhöhung der Eigenmittel für den Abrechnungsverband F – für den Tarif 2001 und erstmalig auch für den Tarif 2012 – gemäß § 57 der Satzung eine Verlustrücklage in Höhe von 3.029 T€ (VJ: 2.443 T€) gebildet worden.

II. Deckungsrückstellung

Im versicherungsmathematischen Gutachten vom 21. März 2014 hat der Verantwortliche Aktuar zum Stichtag 31. Dezember 2013 die Deckungsrückstellungen ermittelt. Die Berechnungsgrundsätze und die zu verwendenden Rechnungsgrundlagen sind gegenüber dem Vorjahr unverändert geblieben.

Grundlage für die Berechnung der Deckungsrückstellungen sind die Satzung der Kasse, die Allgemeinen Versicherungsbedingungen (AVB) für die Freiwillige Versicherung sowie die technischen Geschäftspläne für die Pflichtversicherung und die Freiwillige Versicherung. Dabei wurde der versicherungsmathematische Barwert der am Bilanzstichtag dem Grunde und der Höhe nach bestehenden Anwartschaften und Ansprüche unter Verwendung der Richttafeln 2005 G von Klaus Heubeck bestimmt. Diese werden noch mittels einer Generationenverschiebung von 10 Jahren für die Pflichtversicherung bzw. 15 Jahren für die Freiwillige Versicherung an die beobachteten kassenindividuellen Verhältnisse angepasst. Daneben wird eine auf 65 % reduzierte Invalidisierungswahrscheinlichkeit zugrunde gelegt.

Die Durchführung der Bewertung erfolgt mit einem einheitlichen Rechnungszins von 4,25 %. Lediglich für den neu eingeführten Tarif 2012 der Freiwilligen Versicherung wird ein Rechnungszins von 2,75 % verwendet. Die Erhöhung der Renten zum 1. Juli eines jeden Jahres um 1,0 % wird durch einen modifizierten Rechnungszins ab Eintritt des Versorgungsfalls berücksichtigt. Im Abrechnungsverband P wird der Übergang auf einen Bewertungsansatz unter Berücksichtigung der 1,0 %igen Rentendynamik durch sukzessive Stärkungen der Deckungsrückstellung bis zum Jahr 2018 vollzogen, d. h. der auf die Rentendynamik entfallende zusätzliche Verpflichtungsanteil wird der Deckungsrückstellung im Abrechnungsverband P nicht unmittelbar, sondern über einen Zeitraum von 10 Jahren verteilt, zugeführt.

Die Deckungsrückstellungen zum Stichtag 31. Dezember haben folgende Volumina:

Deckungsrückstellungen	2013	2012	Veränderung	
	T€	T€	T€	%
Verband S (Altvermögen)	4.403.252	4.440.915	-37.663	-0,8
Verband P (Pflichtversicherung)	2.830.871	2.488.871	342.000	13,7
Verband F (Freiwillige Versicherung)	137.971	120.693	17.278	14,3
Gesamt	7.372.094	7.050.479	321.615	4,6

E. Versicherungstechnische Rückstellungen

IV. Sonstige versicherungstechnische Rückstellungen

Der Verantwortliche Aktuar hat aufgrund der nicht durch Eigenkapital gedeckten Fehlbeträge in der Pflichtversicherung und aufgrund der noch nicht ausreichenden Verlustrücklage in der Freiwilligen Versicherung (Tarif 2001) keine Dotierung vorgeschlagen. Für den neuen Tarif 2012 der Freiwilligen Versicherung wurde gemäß Vorschlag des Verantwortlichen Aktuars eine Rückstellung für Leistungsverbesserung in Höhe von 3 T€ gebildet.

Zudem wird seit dem Berichtsjahr 2013 in diesem Posten eine Rückstellung für noch ausstehende Rentenleistungen in Höhe von 1.278 T€ ausgewiesen.

C. Andere Rückstellungen

Insgesamt wurden Rückstellungen in Höhe von 13.570 T€ (VJ: 18.883 T€) gebildet. Im Wesentlichen lagen den Rückstellungen folgende Sachverhalte zugrunde:

	2013	2012
Bauinstandhaltung	9.889 T€	12.154 T€
Pensionen	1.587 T€	1.534 T€
Altersteilzeit	1.570 T€	1.483 T€
Gewährleistung (Immobilien)	800 T€	800 T€
Prozessrisiken	404 T€	276 T€
Nicht genommener Urlaub	258 T€	250 T€

Darüber hinaus wurden weitere Rückstellungen gebildet, deren Wert jeweils unter 250 T€ lag.

I. Andere Verbindlichkeiten**I. Verbindlichkeiten aus dem Versicherungsgeschäft**

Die Verbindlichkeiten in Höhe von 2.194 T€ (VJ: 1.530 T€) resultieren im Wesentlichen aus noch abzurechnenden Überleitungen und Beiträgen.

IV. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

Bei den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten handelt es sich um zinsgünstige Darlehn für öffentlich geförderte Wohnungen.

Darlehn zum 31.12.2012	8.562 T€
Rückzahlungen	123 T€
Darlehn zum 31.12.2013	8.439 T€

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

1. Beiträge und sonstige satzungsmäßige Erträge

Insgesamt wurden Beiträge und sonstige satzungsgemäße Erträge in Höhe von 371.484 T€ (VJ: 357.591 T€) vereinnahmt. Die Einnahmen gliedern sich wie folgt:

	2013 in T€	2012 in T€
a) Umlagen Abrechnungsverband S	-4	17
Beiträge Abrechnungsverband P	258.061	246.663
b) Erträge aus Beitragsüberleitungen (aus Einzelversicherungsverhältnissen)	20.563	19.959
c) andere satzungsmäßige Erträge:		
Sanierungsgeld	79.639	77.759
Ausgleichsbeträge bzgl. des Überlei- tungsstatutes bzw. -abkommens	132	135
Zinsen aus nicht rechtzeitig entrichteten Umlagen (Nachversicherungen)	26	42
Ausgleichsbeträge zur Beendigung der Mitgliedschaft	45	211
Abwendungen von Rentenkürzungen wegen Versorgungsausgleichs	0	40
Zinsen für Beitragsverzug	9	5
Sonstige Erträge	1	0
d) Beiträge aus Abrechnungsverband F	13.012	12.760
Gesamt	371.484	357.591

6. Aufwendungen für Versicherungsfälle

Die Aufwendungen für Versicherungsfälle beliefen sich auf insgesamt 256.548 T€ (VJ: 248.117 T€) und setzen sich wie folgt zusammen:

	2013 in T€	2012 in T€
a) Alters- und Erwerbsminderungsrenten		
im Abrechnungsverband S	193.767	192.492
im Abrechnungsverband P	19.368	15.950
im Abrechnungsverband F	554	410
b) Hinterbliebenenrenten	14.354	13.829
c) Abfindungen	108	100
d) Versorgungsausgleich	264	253
e) Beitragsüberleitungen	25.356	19.818
f) Andere satzungsmäßige Aufwendungen	74	2.597
g) Regulierungsaufwendungen	2.703	2.669
Gesamt	256.548	248.117

Organe

Amtsdauer vom 1. Januar 2010 bis 31. Dezember 2014

Verwaltungsrat

Mitglieder	Stellvertretung
Berufen von der Evangelischen Kirche im Rheinland:	
Georg Immel Oberkirchenrat Düsseldorf bis 02.03.2013	Dr. Götz Klostermann Landeskirchenrat Düsseldorf
Bernd Baucks Oberkirchenrat Düsseldorf ab 18./19.04.2013	
Berufen von der Evangelischen Kirche von Westfalen:	
Vorsitzender Dr. Arne Kupke Oberkirchenrat Bielefeld	Henning Juhl Landeskirchenrat Bielefeld
Berufen vom Diakonischen Werk der Ev. Kirche im Rheinland:	
Gabriele Fischmann-Schulz* Leiterin der Stabsstelle Arbeitsrecht/Justitiariat Düsseldorf	Dr. Moritz Linzbach* Vorstand Düsseldorf bis 13.06.2013 Kirsten Schwenke Referentin der Stabsstelle Arbeitsrecht/Justitiariat Düsseldorf ab 13.06.2013
Berufen vom Diakonischen Werk der Ev. Kirche von Westfalen:	
Pastor Günther Barenhoff Vorstand Münster	Thomas Oelkers Vorstand Bielefeld
Berufen von den der Rheinisch-Westfälisch-Lippischen Arbeitsrechtlichen Kommission angehörenden Mitarbeitervereinigungen:	
Davon vom Verband kirchlicher Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Rheinland-Westfalen-Lippe (VKM-RWL)	
1. stellv. Vorsitzender Hans-Georg Klohn* Verwaltungsleiter i. R. Iserlohn	Rainer Peitz* Technischer Leiter Oberhausen/Kirn
Detlef Becker* Krankenpfleger Dortmund	Günter Wulf Landeskirchen- Verwaltungsdirektor Bielefeld

(* versichert bei der KZVK)

Fortsetzung Tabelle nächste Seite

Mitglieder	Stellvertretung
Michael Posthaus Kirchenverwaltungs- Oberamtsrat Köln	Jürgen Fröhlich Kirchenverwaltungs- Oberamtsrat Mettmann
Davon vom Marburger Bund	
2. stellv. Vorsitzender Rechtsanwalt Rolf Lübke Geschäftsführer Köln	Rechtsanwalt Dieter Paul Neumann Köln

Vorstand

Mitglieder	
Dr. Wolfram Gerdes Dortmund	Finanzen und Kapitalanlagen
Hans-Rudolf von Campenhausen Dortmund	Leistung und Verwaltung

Sitzungen der Organe

Im Jahr 2013 fanden vier Verwaltungsratssitzungen, vier gemeinsame Sitzungen mit dem Verwaltungsrat der Gemeinsamen Versorgungskasse für Pfarrer und Kirchenbeamte und dreizehn Vorstandssitzungen statt.

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Zu dem Jahresabschluss und dem Lagebericht haben wir folgenden Bestätigungsvermerk erteilt:

»An die Kirchliche Zusatzversorgungskasse Rheinland-Westfalen, Dortmund:

Wir haben den Jahresabschluss - bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang - unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Kirchliche Zusatzversorgungskasse Rheinland-Westfalen, Dortmund, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2013 bis 31. Dezember 2013 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften sowie den ergänzenden Bestimmungen der Satzung liegen in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter der Kasse. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der anzuwendenden Rechnungslegungsvorschriften und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Kasse sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften sowie den ergänzenden Bestimmungen der Satzung und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Kasse. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Kasse und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.«

Köln, 19. Mai 2014

Ernst & Young GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Vogt
Wirtschaftsprüfer

Dr. Horstkötter
Wirtschaftsprüfer

